

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1983	
Westliche Industrieländer: Keine ausreichende Wachstumsanregung durch die Wirtschaftspolitik.....	1
Bundesrepublik Deutschland: Schon das vierte Krisenjahr.....	8

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 1-2/83

Berlin

6. Januar 1983

50. Jahrgang

Stählin

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1983

Westliche Industrieländer: Keine ausreichende Wachstumsanregung durch die Wirtschaftspolitik

Anders als vor einem Jahr erwartet, hat sich die wirtschaftliche Lage der meisten westlichen Industrieländer im Jahre 1982 nicht verbessert, sondern nochmals verschlechtert. So gehen insbesondere in führenden westeuropäischen Volkswirtschaften seit Jahresmitte Nachfrage und Produktion wieder zurück. In den USA, wo das Sozialprodukt im Sommerhalbjahr 1982 leicht zunahm, scheinen nun die Abschwungkkräfte ebenfalls wieder die Oberhand gewonnen zu haben. Auch Japan befindet sich gegenwärtig in einer Phase konjunktureller Schwäche, in der Nachfrage und Produktion nur wenig zunehmen.

Die Gründe für diesen unbefriedigenden Konjunkturverlauf sind einmal in der Wirtschaftspolitik der Regierungen zu sehen; zum Teil liegen sie aber auch darin, daß die Ausfuhr in die übrige Welt, die zuvor die Konjunktur gestützt hatte, nicht weiter gesteigert werden kann, sondern schrumpft. Da sich die Außenwirtschaftslage der Entwicklungs- und Staatshandelsländer auch als Folge der mehrjährigen konjunkturellen Schwäche in den Industrieländern erheblich verschlechtert hat, sehen sich diese Länder gezwungen, ihre Importe einzuschränken. Am größten ist dieser Zwang in den Ländern, deren Leistungsbilanzen einen sehr hohen Passivsaldo aufweisen und die mit erheblichen Verschuldungsproblemen zu ringen haben. Zu ihnen gehören sogar Ölländer, deren Deviseneinnahmen ebenfalls stark zurückgegangen sind.

Zwar erhöhten sich die Leistungsbilanzdefizite in vielen Volkswirtschaften auch deswegen, weil teilweise ehrgeizige Entwicklungsprogramme gestartet worden waren. Zu Außenwirtschaftsschwierigkeiten führten diese bei dem immensen Entwicklungsbedarf

grundsätzlich verständlichen Vorhaben aber in erster Linie wegen der Konjunkturabschwächung in den Industrieländern und der hohen Zinsen. Bei der Entwicklungsplanung waren nämlich die Regierungen von einer optimistischen Prognose der Weltwirtschaftsentwicklung ausgegangen. Als diese sich nicht erfüllte, versuchten die Entwicklungsländer zunächst, sich dem Anpassungsdruck durch verstärkte Kreditaufnahme zu entziehen. Viele Länder gerieten dabei in eine Überschuldungssituation und wurden schließlich doch zur Anpassung gezwungen. Die Furcht vor Liquiditätskrisen, die das Bankensystem bedrohen, aber auch vor kumulativen Schrumpfungsprozessen im internationalen Handel veranlaßte die Notenbanken führender Industrieländer und internationale Kreditinstitutionen zur Gewährung von Stützungskrediten. So sehr diese Maßnahmen auch eine sprunghafte, die Weltkonjunktur weiter verschlechternde Anpassung und eine unkontrollierte Kettenreaktion im Bankensystem vermeiden helfen, so kann es doch zur notwendigen außenwirtschaftlichen Gesundung der Entwicklungsländer ohne einen Konjunkturumschwung in den Industrieländern nicht kommen.

Aus Furcht vor erneuter Inflationsbeschleunigung und steigenden Staatsdefiziten entschließen sich aber die Regierungen in den Industrieländern nicht zu einer Wachstumsanregung, die ausreicht, um die Wirtschaft aus dem Konjunkturtal herauszuführen. Soweit überhaupt konjunkturstimulierende Maßnahmen ergriffen werden, gehen sie meist nur von einem Politikbereich aus. In anderen Bereichen steht ihnen ein weiterhin restriktives Verhalten gegenüber. So wird die Finanzpolitik, wenn sie Anregungen gibt, viel-

Die Zahlungsbilanzen der einzelnen Wirtschaftsräume
in Mrd. US-\$ zu jeweiligen Wechselkursen

	1977	1978	1979	1980	1981 ¹⁾	1982 ²⁾	1983 ²⁾	1977	1978	1979	1980	1981 ¹⁾	1982 ²⁾	1983 ²⁾
	Westeuropäische Industrieländer ³⁾							darunter: EG						
Leistungsbilanz	- 4,1	+17,9	-13,2	-45,0	-15,9	-13,5	- 3,5	+ 1,6	+16,4	-10,9	- 39,4	-16,5	-15,5	- 6
Handelsbilanz	- 1,7	+16,0	-12,7	-40,5	- 6,7	- 2	+11,5	+ 5,9	+17,2	- 5,3	-27,8	- 1,7	+ 2	+15
Dienstleistungsbilanz	+12,3	+20,5	+22,2	+21,1	+14,6	+13	+11	+ 8,4	+15,3	+14,5	+11,0	+ 6,5	+ 4,5	+ 2,5
Übertragungsbilanz	-14,7	-18,6	-22,7	-25,6	-23,8	-24,5	-26	-12,7	-16,1	-20,1	-22,6	-21,3	-22	-23,5
Kapitalbilanz ⁷⁾	+35,5	+11,3	+34,9	+64,7	-11,3	- 9,5	.	+28,0	+ 2,0	+34,0	+ 57,1	- 8,9	- 6,5	.
Langfristiger Kapitalverkehr	+ 0,3	-15,3	-17,7	-17,6	-22,5	.	.	+ 0,3	-10,7	- 5,1	- 5,7	-11,8	.	.
Kurzfristiger Kapitalverkehr ⁸⁾	+35,2	+26,6	+52,6	+82,3	+11,2	.	.	+27,7	+12,7	+39,1	+ 62,8	+ 2,9	.	.
Devisenbilanz ⁹⁾	-31,4	-29,2	-21,7	-19,7	+27,2	+23	.	-29,6	-18,4	-23,1	-17,7	+25,4	+22	.
Goldhaltung d. Währungsbehörden	- 1,1	- 1,8	+ 3,7	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,5	.	- 0,9	- 1,4	+ 3,7	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,5	.
Devisenhaltg. d. Währungsbehörden	-30,4	-26,4	-24,5	-19,7	+26,1	+21,5	.	-29,0	-15,8	-26,1	-17,6	+24,7	+20,5	.
Position beim Weltwährungsfonds ¹⁰⁾	+ 0,1	- 1,0	- 0,9	- 0,6	- 0,7	0	.	+ 0,3	- 1,2	- 0,7	- 0,6	- 0,7	0	.
	Außereuropäische Industrieländer ⁴⁾							darunter: Vereinigte Staaten von Amerika						
Leistungsbilanz	- 7,2	- 1,7	-13,4	-10,1	+ 4,7	+ 5,5	+ 0	-14,1	-14,8	- 0,4	+ 1,5	+ 4,4	- 2	- 8
Handelsbilanz	-10,8	- 4,6	-21,7	-15,4	- 1,3	+ 0,5	- 2,5	-30,9	-33,8	-27,3	-25,3	-27,9	-33,5	-39,5
Dienstleistungsbilanz	+ 8,6	+ 9,1	+14,8	+13,0	+13,5	+12,5	+10,5	+21,8	+24,5	+32,9	+34,1	+39,5	+39	+39
Übertragungsbilanz	- 5,0	- 6,2	- 6,5	- 7,7	- 7,5	- 7,5	- 8	- 5,0	- 5,5	- 6,0	- 7,3	- 7,2	- 7,5	- 7,5
Kapitalbilanz ⁷⁾	-21,7	-19,0	+13,8	+ 8,0	- 3,6	-12,5	.	-20,3	-16,2	+14,4	- 9,0	- 7,0	+ 1	.
Langfristiger Kapitalverkehr ⁸⁾	-11,8	-24,0	-29,5	- 6,6	+ 7,2	.	.	-12,4	-11,7	-18,0	- 8,4	+13,2	.	.
Kurzfristiger Kapitalverkehr ⁸⁾	- 9,9	+ 5,0	+43,3	+14,6	-10,8	.	.	- 7,9	- 4,5	+32,4	- 0,6	-20,2	.	.
Devisenbilanz ⁹⁾	+28,9	+20,7	- 0,4	+ 2,1	- 1,1	+ 7	.	+34,4	+31,0	-14,0	+ 7,5	+ 2,6	+ 1	.
Goldhaltung d. Währungsbehörden	- 0,8	- 1,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,2	+ 1	.	- 0,6	- 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,0	+ 1	.
Devisenhaltg. d. Währungsbehörden	- 4,8	-13,4	+13,7	-11,7	- 3,6	+ 6,5	.	+ 0,3	- 4,4	+ 0,6	- 6,3	+ 0,4	+ 0,5	.
Position beim Weltwährungsfonds ¹⁰⁾	- 0,9	+ 4,0	- 0,9	- 1,6	- 3,6	- 2	.	- 0,7	+ 5,0	- 1,4	- 1,5	- 3,7	- 2	.
Dollarverpflichtungen gegenüber Währungsbehörden	+35,4	+31,2	-13,6	+14,9	+ 4,9	+ 1,5	.	+35,4	+ 31,2	-13,6	+14,9	+ 4,9	+ 1,5	.
	Übrige Welt ⁵⁾							darunter: OPEC-Länder ⁶⁾						
Leistungsbilanz	+11,3	-16,2	+26,6	+55,1	+11,2	+ 8	+ 3,5	+21,9	- 8,4	+35,8	+72,6	+57,5	+ 3	- 3
Handelsbilanz	+12,5	-11,4	+34,4	+55,9	+ 8,0	+ 1,5	- 9	+55,3	+25,8	+76,2	+119,7	+100,7	+68	+65
Dienstleistungsbilanz	-20,9	-29,6	-37,0	-34,1	-28,1	-25,5	-21,5	-25,6	-25,0	-30,8	-36,5	-31,5	-65	-68
Übertragungsbilanz	+19,7	+24,8	+29,2	+33,3	+31,3	+32	+34	- 7,8	- 9,2	- 9,6	-10,6	-11,7		
Kapitalbilanz ⁷⁾	+10,3	+20,8	+ 2,2	-38,1	-10,9	-21,5	.	-11,8	-13,9	-22,1	-67,9	-56,9	-17	.
Langfristiger Kapitalverkehr ⁸⁾	+11,5	+39,3	+47,2	+24,2	+15,3	.	.	- 3,2	+10,6	+ 1,3	-21,7	-21,2	.	.
Kurzfristiger Kapitalverkehr ⁸⁾	- 1,2	-18,5	-45,0	-62,5	-26,2	.	.	- 8,6	-24,5	-23,4	-46,2	-35,7	.	.
Devisenbilanz ⁹⁾	-21,6	- 4,6	-28,8	-17,0	- 0,3	+13,5	.	-10,1	+22,3	-13,7	- 4,7	- 0,6	+14	.
Goldhaltung d. Währungsbehörden	+ 1,9	+ 2,9	- 4,1	- 1,1	- 3,0	- 2,5	.	+ 0,1	+ 0,1	0,0	+ 0,1	0,0	0	.
Devisenhaltg. d. Währungsbehörden	-24,3	- 4,5	-26,5	-18,1	+ 1,6	+14	.	-10,1	+21,6	-15,0	- 3,4	+ 1,4	+14	.
Position b. Weltwährungsfonds ¹⁰⁾ 11)	+ 0,8	- 3,0	+ 1,8	+ 2,2	+ 4,3	+ 2	.	- 0,1	+ 0,6	+ 1,3	- 1,4	- 2,0	0	.

1) Teilweise geschätzt.- 2) Geschätzt.- 3) EG, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz.- 4) USA, Kanada, Japan.- 5) Als Restsaldo errechnet, die allerdings auch aufgrund von Unterschieden in der Erfassung einzelner Zahlungsbilanzposten entstehen; Kapital- und Devisenbilanz weichen von den Restsaldo um den Betrag ab, um den sich die nicht gesondert ausgewiesenen Devisenverpflichtungen von Hartwährungsländern änderten.- 6) OPEC-Länder in der Abgrenzung der OECD.- 7) Nettokapitalexport (-), -import (+).- 8) Einschl. statistischer Diskrepanz.- 9) Bestandszunahme (-), -abnahme (+).- 10) Einschl. Sonderziehungsrechte.- 11) Einschl. Verpflichtungen des Weltwährungsfonds.

Quellen: International Financial Statistics; Nationalstatistiken.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

LÄNDER	1) GEWICHTE 1981 IN Vh		VERÄNDERUNG IN Vh GEGENÜBER VORJAHR								
	BSP	AUSFUHR DER BRD	1981			1982			1983		
			2) REAL NOMINAL PREISE			2) REAL NOMINAL PREISE			2) REAL NOMINAL PREISE		
RUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	9.6	0.0	-0.2	4.0	4.2	-1	3.5	4.5	-0.5	3.5	3.5
FRANKREICH	8.0	19.2	0.3	12.2	11.9	1	13.5	12.5	0	10	10
GROSSBRITANNIEN	7.1	9.7	-1.4	10.4	11.9	0.5	9.5	8.5	1	7	6.5
ITALIEN	5.0	11.5	-0.2	17.4	17.6	0.5	16	15.5	0	15	15
NIEDERLANDE	2.0	12.5	-1.2	4.4	5.6	-1.5	5	6.5	-0.5	3.5	4
BELGIEN	1.4	10.7	-1.2	3.4	4.6	-2	6	8	-0.5	7	7.5
DÄNEMARK	0.4	2.8	-0.3	9.3	9.6	0.5	11	10.5	0	8.5	8.5
IRLAND	0.2	0.6	1.6	19.3	17.4	1	18.5	17.5	1.5	16	14.5
EG	34.1	0.0	-0.4	9.4	9.9	0	9.5	9.5	0	8	7.5
SCHWEDEN	1.6	3.8	-0.9	9.0	10.0	-0.5	7.5	8	0	7	7
SCHWEIZ	1.4	7.6	2.7	9.6	6.7	-1.5	5.5	7	0	3.5	3.5
ÖSTERREICH	0.4	7.4	0.0	5.9	5.9	1	7.5	7	0.5	4.5	4
NORWEGEN	0.4	1.8	0.8	15.7	14.8	-0.5	9.5	10	0	9.5	9.5
EUROPAEISCHE INDUSTRIELÄNDER	38.8	0.0	-0.3	9.5	9.8	0	9	9	0	7.5	7.5
EUROPAEISCHE INDUSTRIELÄNDER O.BRD	29.2	0.0	-0.3	11.3	11.6	0	11	10.5	0	9	9
EUROPAEISCHE INDUSTRIELÄNDER O.BRD	0.0	87.6	-0.2	9.6	9.8	0	9.5	10	0	8	8
USA	41.4	9.6	1.9	11.6	9.4	-1.5	3.5	5	1.5	6	4.5
KANADA	3.9	1.0	3.1	13.5	10.1	-5	5.5	11	-1	9	10
JAPAN	15.9	1.8	3.0	5.9	2.8	2.5	5.5	3	3	6.5	3.5
AUSSEREUROP. INDUSTRIELÄNDER	61.2	0.0	2.3	10.2	7.7	-0.5	4	5	1.5	6.5	4.5
AUSSEREUROP. INDUSTRIELÄNDER	0.0	12.4	2.2	10.9	8.5	-1	4	5	1.5	6.5	5
INSGESAMT	100.0	0.0	1.3	9.9	8.5	-0.5	6	6.5	1	7	5.5
INSGESAMT OHNE BRD	90.4	0.0	1.4	10.6	9.0	-0.5	6.5	6.5	1	7	6
INSGESAMT OHNE BRD	0.0	100.0	0.1	9.8	9.7	-0.5	9	9.5	0	7.5	7.5

1) AUF DOLLARBASIS.- 2) DEFLATIONIERUNGSFAKTOR.- 3) GEWICHTET NACH DEN ANTEILEN DER LÄNDER AN DER DEUTSCHEN WARENAUSFUHR. EG OHNE GRIECHENLAND.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE 'SCHAETZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN' UND DES DIW. GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERÄNDERUNGSRATEN GERUNDET.

fach durch eine restriktive Geldpolitik konterkariert. Macht andererseits die geldpolitische Lockerung größere Fortschritte, so ist wiederum die Finanzpolitik zu kontraktiv und steht einer konjunkturellen Besserung entgegen.

Angesichts der hohen staatlichen Haushaltsdefizite sehen sich die meisten Regierungen gezwungen, durch Ausgabenbeschränkung, aber auch durch partielle Steuererhöhungen auf Konsolidierung hinzuwirken. Erreichen können sie diese bei einem solchen prozyklischen Vorgehen indes nicht. Selbst in den USA und Frankreich, wo die Finanzpolitik nicht unter dem Primat der Haushaltskonsolidierung stand, veranlassen konjunkturbedingt stark gestiegene Staatsdefizite die Regierungen zu einem vorsichtigeren Verhalten. Steuersenkungen in einem Bereich werden durch Steuererhöhungen in anderen Bereichen teilweise kompensiert; Ausgabensteigerungen an einer

Stelle wird mit Ausgabenkürzungen an anderer Stelle entgegengesetzt.

Die Geldpolitik behält grundsätzlich überall — auch dort, wo sie etwas mehr gelockert worden ist — ihren einer erneuten Inflationsbeschleunigung entgegen gerichteten Versteigungskurs bei. Der Kritik, daß diese Politik in der gegenwärtigen Schwächephase zu wenig Wachstumsimpulse gebe und insbesondere nicht zur Zinssenkung im notwendigen Ausmaß führe, wird entgegengehalten, daß bei der zugelassenen Geldmengenexpansion der monetäre Spielraum für ein reales Wirtschaftswachstum größer geworden sei, da sich das Inflationstempo verlangsamt habe. Würde sich die Inflation weiter abschwächen, indem sich die Marktparteien in ihren Lohn- und Preisforderungen besser als bisher dem geldpolitisch vorgegebenen Rahmen anpaßten, so würde sich der für ein Wachstum zur Verfügung stehende monetäre Spiel-

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
Reale Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

LÄNDER	PRIVATER VERBRAUCH			ÖFFENTLICHER VERBRAUCH			BRUTTOANLAGE-INVESTITIONEN			EXPORTE VON GÜTERN			IMPORTE UND DIENSTEN		
	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	-1.2	-2	-0.5	2.0	0	0.5	-3.8	-6.5	1	8.5	2.5	0	1.2	1.5	0
FRANKREICH	1.6	2.5	0.5	2.4	3	2.5	-2.3	-1.5	-0.5	4.7	-3	1	-1.1	4	1.5
GROSSBRITANNIEN	0.3	0	1	0.3	0	-0.5	-3.2	1.5	2	-0.3	-1	0	-0.1	3	2
ITALIEN	0.2	0	0.5	1.2	2	1	-0.2	-2.5	-1	6.0	5.5	1.5	-5.4	3	2.5
NIEDERLANDE	-2.6	-2.5	-3	1.3	-0.5	0.5	-10.8	-5	-2	0.9	2	1.5	-7.4	1.5	1
BELGIEN	-0.3	-2.5	-1.5	0.6	-1	-2	-15.7	-7.5	0	2.5	2	1	-1.4	0.5	1
DÄNEMARK	-1.1	0.5	0	3.0	3.5	2	-16.3	0	0	5.3	0.5	0.5	-2.1	2.5	1
IRLAND	0.0	-2.5	0	-0.1	3	-1	4.9	1	1	1.5	0	1	2.0	0	1
1) EG	-0.0	0	0	1.6	1	0.5	-4.6	-3	0.5	4.3	1	0.5	-1.5	2.5	1
EG OHNE BRD	0.4	0.5	0	1.4	1.5	0.5	-5.0	-1.5	0	2.6	0.5	1	-2.5	2.5	1.5
SCHWEDEN	-0.6	-2	-0.5	1.9	1.5	0.5	-5.6	-5.5	-2	1.6	2.5	1	-4.2	1	0.5
SCHWEIZ	0.5	0	-0.5	0.5	2	1	3.0	-5.5	0.5	6.8	-1	1	-0.2	-0.5	1.5
ÖSTERREICH	0.7	0	0.5	2.0	2	2	-2.0	-3	0.5	7.8	2	2	1.0	2	3
NORWEGEN	1.5	0	0.5	4.5	2	2	16.3	-1.5	0	0.6	0	0	1.7	3	3
EUROPÄISCHE 1) INDUSTRIELÄNDER	0.0	0	0	1.6	1	0.5	-3.7	-3	0	4.3	1	0.5	-1.4	2	1.5
EUROP.INDU- 1) STRIELÄNDER O.BRD	0.4	0.5	0	1.5	1.5	1	-3.6	-2	0	2.9	0.5	1	-2.2	2.5	1.5
USA	1.8	2.5	2	0.9	0	0	1.7	-6	1	-0.4	-7	0	7.2	0	2
KANADA	1.9	-2	0	0.9	2	1.5	5.7	-12	-1	1.6	-1	0	2.6	-8	-1
JAPAN	0.7	2.5	3	3.5	3	2	2.1	-1	2	17.1	2	4	6.3	6	5
AUSSEIEROPE. 1) INDUSTRIELÄNDER	1.5	2	2	1.3	0.5	0.5	2.1	-4.5	1.5	5.1	-3.5	1	6.3	0.5	2.5
1) INSGESAMT	1.0	1.5	1.5	1.4	1	0.5	-0.2	-4	1	4.6	-1	1	1.7	1.5	2
1) INSGESAMT OHNE BRD	1.2	1.5	1.5	1.4	1	0.5	0.3	-3.5	1	4.0	-1.5	1	1.8	1.5	2

1) GEWICHTE 1981 AUF DOLLARBASIS. EG OHNE GRIECHENLAND.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHÄTZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GESCHÄTZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERÄNDERUNGSRATEN GERUNDET.

raum noch mehr vergrößern. Weitere Zinssenkungen wären dann unvermeidlich, und dies würde schließlich den Anstoß für einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung geben.

Hierbei setzt man aber zu einseitig darauf, daß allein eine Zins- und Lohnkostenentlastung die Unternehmen zu einem wieder auf Wachstum gerichteten Verhalten, insbesondere bei den Investitionen, veranlassen würde. Die Verlangsamung des Preis- und Lohnanstiegs ist nichts anderes als die Folge einer wirtschaftspolitisch herbeigeführten Konjunkturverschlechterung, durch die auch die Absatz- und Ertragslage der Unternehmen erheblich beeinträchtigt wurde, was schwerlich zu vermehrten Investitionen ermutigt.

Wird nur eine halbherzige Politik zur Wirtschaftsankurbung betrieben, so ist es nicht verwunderlich, daß die Absatzaussichten gedrückt bleiben und ein Wirtschaftsaufschwung nicht zustande kommt. Die Gefahr einer erneuten Inflationsbeschleunigung und weiter steigender Staatsdefizite ist allerdings nicht

von der Hand zu weisen. Eine Politik, die in erster Linie diese Gefahr vor Augen hat und entsprechend handelt, trägt aber nicht dazu bei, daß der Zunahme der Arbeitslosigkeit Einhalt geboten und ihr Abbau möglich wird. Die defensive Formel, expansive Politik löse auf Dauer nicht die Beschäftigungsprobleme, lenkt davon ab, daß die bisher fast überall verfolgte, auf Inflationseindämmung sowie Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gerichtete Politik die Beschäftigungsprobleme in einer noch vor Jahren kaum vorstellbaren Weise verschärft hat.

Zur Lösung dieser Probleme ist es notwendig, die Wirtschaftspolitik wieder stärker expansiv auszurichten und der Inflationsgefahr anders als bisher zu begegnen. Hierbei käme es darauf an, durch einkommenspolitische Absicherung einer expansiven Geld- und Finanzpolitik Flankenschutz zu geben und damit dem Entstehen eines sich selbst verstärkenden Preis-Lohnauftriebs entgegenzutreten. Zwar wird immer wieder eingewendet, daß eine solche Einkommenspolitik zum Mißerfolg verurteilt sei, wenn die übrige Wirt-

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westl. Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

LÄNDER	BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMENTÄTIG- KEIT UND VERMOEGEN						1) STUECKGEWINN			2) LOHNSTUECKKOSTEN			2) LOHNSTUECKKOSTEN		
	IN LANDESWÄHRUNG												IN SZM		
	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983
BRUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	-0.7	4.5	5.5	4.7	2.5	2	-0.5	7.5	6.5	4.8	3.5	2	-7.0	3	
FRANKREICH	5.4	14	10	11.0	13.5	10	5.1	13	10	12.7	12.5	10	-3.3	0	
GRÖßBRITANNIEN	12.3	10	9.5	8.2	7	6	13.8	9.5	8.5	9.7	6.5	5	5.6	-1	
ITALIEN	3.4	17	8	22.4	17.5	18	3.6	16.5	8	22.6	17	18	2.0	5.5	
NIEDERLANDE	8.6	10.5	7	2.0	4	3	10.1	12	7.5	3.2	5.5	3.5	-9.2	5	
BELGIEN	-1.5	7	13	4.8	5.5	5	-0.3	9.5	13.5	6.0	7.5	5.5	-7.9	-6	
DÄNEMARK	12.9	13	13.5	8.2	9.5	7	13.2	12.5	13.5	8.5	9	7	-5.2	0	
IRLAND	28.3	24.5	16	17.0	16.5	16	26.3	23.5	14	15.2	15.5	14.5	-0.1	9	
3) EG	4.6	11	8.5	9.9	8.5	7.5	5.6	10.5	8.5	9.2	8	6.5	-3.0	1.5	
SCHWEDEN	0.2	8.5	2.5	9.6	8	8	1.1	9	2.5	10.6	8.5	8	2.0	-2	
SCHWEIZ	12.1	3	3.5	8.5	6	4	9.1	4.5	3.5	5.5	7.5	4	-0.7	11.5	
ÖSTERREICH	-2.2	15	6	7.8	6	4	-2.2	14.5	5.5	7.8	5.5	3.5	-3.3	5	
NORWEGEN	21.0	9	10.5	13.1	9.5	9.5	20.1	9.5	10.5	12.2	10	9.5	6.6	6.5	
EUROPÄISCHE 3) INDUSTRIELÄNDER	5.1	10.5	8	9.9	8.5	7.5	5.8	10.5	8	9.2	8	6.5	-2.4	2	
USA	12.8	0.5	4.5	10.6	5.5	6.5	10.7	2	3	8.5	7	5	19.8	14	
KANADA	4.0	-7	2	13.9	10	11	0.8	-2	3	10.5	16	12	19.0	19.5	
JAPAN	2.0	1	3	8.0	7.5	8	-1.0	-1.5	0	4.9	5	5	19.1	-1	
AUSSEIERUROPA. 3) INDUSTRIELÄNDER	9.0	0	4	10.2	6.5	7	5.9	0.5	2	7.7	7.5	6	19.4	10.5	
3) INSGESAMT	7.6	4	5.5	10.0	7	7	5.8	6.5	5.5	8.6	8	6	6.6	5.5	

1) BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMENTÄTIGKEIT UND VERMOEGEN JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOEINKOMMENS. -
2) BRUTTOEINKOMMEN AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOEINKOMMENS. - 3) GEWICHTET
MIT 1981ER ANTEILEN. FÜR 1) UND 2): GEWICHTET NACH EXPORTANTEILEN, WIE SIE - MIT AUSNAHME DER USA -
DER BERECHNUNG DER SZM ZUGRÜNDELIEGEN. EG OHNE GRÖßBRITANNIEN.

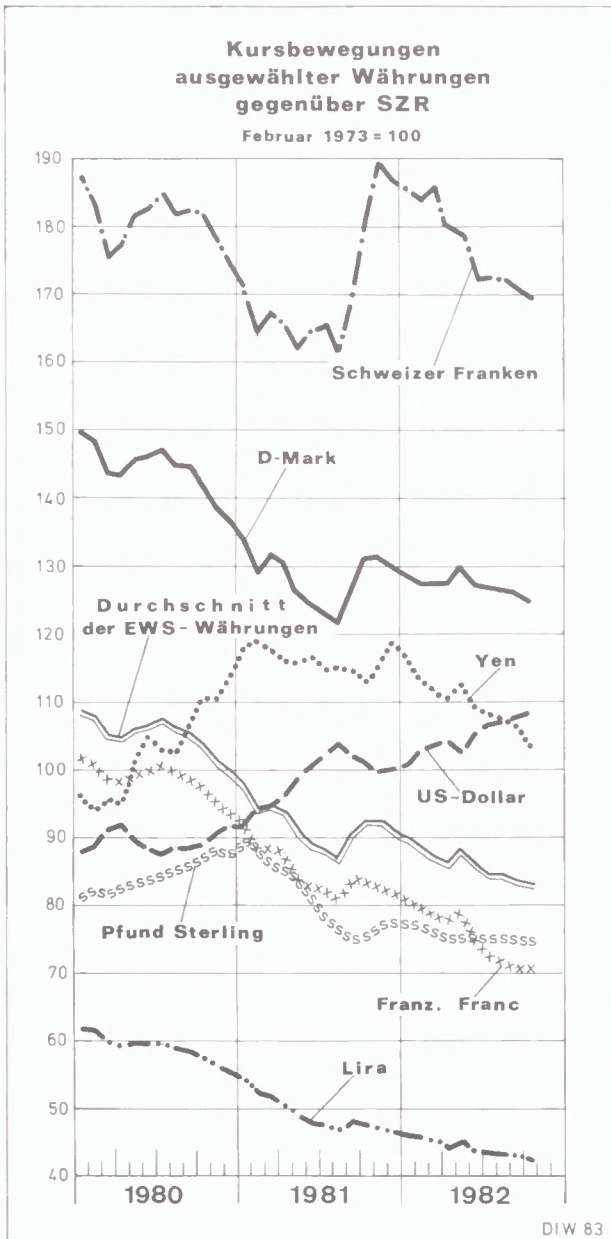
QUELLEN: SAEG, VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN; NATIONALSTATISTIKEN UND SCHÄTZUNGEN DES DIW.
GESCHÄTZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERÄNDERUNGSRATEN GERUNDET.

schaftspolitik die Inflation schüre, und daß sie unnötig sei, wenn dies nicht geschehe. Es wird dabei aber übersehen, daß eine wohlverstandene flankierende Einkommenspolitik in Form eines Sozialvertrags oder Solidarpakts nicht den Sinn hat, unerwünschte Wirkungen einer fehlerhaften Geld- und Finanzpolitik abzufangen, sondern daß sie dazu beitragen soll, den wirtschaftspolitischen Spielraum für eine Wachstumsanregung zu vergrößern. Wäre die Einkommenspolitik in eine umfassende wirtschaftspolitische Aktion zur Wirtschaftsbelebung eingebunden, so wären auch moderate Lohnerhöhungen besser zu begründen als mit der vagen Hoffnung, die Unternehmen würden durch Lohnzurückhaltung zu mehr Investitionen veranlaßt.

Einkommenspolitisch flankiert könnte die Geldpolitik offensiver das Ziel einer weiteren, der gegenwärtigen Konjunkturschwäche angemessenen Zinssenkung verfolgen und brauchte sich bei der Geldversorgung nicht an zu enge Regeln zu halten. Die gegenwärtig betriebene Politik wird oft potentialorientiert genannt; diese Bezeichnung ist jedoch fragwürdig, wenn man sich nach einem Potentialpfad richtet, der

sich als Folge der anhaltenden Investitionsschwäche in allen Ländern stark abgeflacht hat. Würde das Wirtschaftswachstum diesem Potentialpfad entsprechen, so wäre ohne fühlbare Arbeitszeitverkürzung ein stärkerer Abbau der Arbeitslosigkeit nicht möglich. Dieser Pfad kann nur bei kräftig steigenden Investitionen wieder steiler werden. Hierzu wird es aber bei rationalem Unternehmerverhalten nur kommen, wenn die tatsächliche reale Entwicklung wieder zur Vollausschüttung des Potentials führt und dies durch die Geldpolitik nicht abgewürgt wird. Bei einer solchen Entwicklung können sich allerdings rasch Engpässe herausbilden, die preissteigernd wirken. In dieser Phase stände eine Einkommenspolitik vor der schwierigen Aufgabe, das Entstehen von Preis-Lohn-Spiralen zu verhindern. Es gibt zwar keine Garantie für ihr Gelingen. Sicher ist aber, daß man dann, wenn man aus Risikoscheu zu vorsichtig vorgeht, nicht auf einen steileren Potentialpfad gelangen kann.

In dieser Lage kann eine wachstumsanregende Finanzpolitik keine prozyklische, die Konjunkturschwäche verstärkende Konsolidierungspolitik sein. Bei der Höhe, die das Staatsdefizit in einigen Ländern bereits



erreicht hat, sehen die Regierungen aber kaum noch Manövriermasse für eine konjunkturanregende Finanzpolitik. Diese Manövriermasse ist in vielen Ländern nicht dadurch vermindert worden, daß in den Jahren zuvor zu viel aktive Finanzpolitik betrieben wurde, sondern sie ist nicht zuletzt deswegen geringer geworden, weil konjunkturbedingt die Steuereinnahmen nur noch schwach gestiegen sind. Unabhängig von der Höhe der Staatsdefizite gilt jedoch, daß ihr nachhaltiger Abbau nur in einem anhaltenden Expansionsprozeß möglich ist. Versucht man, ihn im Abschwungsprozeß zu erreichen, so werden die Abschwungskräfte verstärkt, und die Konsolidierungspolitik führt — wenn überhaupt — nur zum Ziel, wenn eine wirtschaftliche Depression mit politisch unab-

sehbaren Folgen hingenommen wird. Wollen die Regierungen das Konsolidierungsziel unter vertretbaren Umständen erreichen, bleibt ihnen somit gar nichts anderes übrig, als auch mit finanzpolitischen Mitteln soweit wie möglich wachstumsanregend zu wirken.

Eine solche Expansionspolitik stieße allerdings auch im System flexibler Wechselkurse sehr rasch an Grenzen, wenn sie nur von einem Land im nationalen Alleingang betrieben würde. Wechselkursverfall und Zahlungsbilanzschwierigkeiten wären die Folge. Ein dauerhafter Erfolg dieser Politik würde sich nur einstellen, wenn sich zumindest die führenden Industrieländer zu einem gemeinsamen Vorgehen entschlossen. Auf die anderen Länder würde dann ein so in Gang gesetzter Wirtschaftsaufschwung ausstrahlen.

Die beträchtlichen Unterschiede, die zwischen den wirtschaftspolitischen Lagern in der Auffassung bestehen, welches die angemessenen Mittel zur Überwindung der Wirtschaftskrise sind, machen es leider unwahrscheinlich, daß es bald zu einem international abgestimmten Handeln kommt. Unter diesen Umständen kann die Prognose der Weltwirtschaftsentwicklung im Jahre 1983 nicht optimistisch sein. Das gilt für alle Industrieländer. Allerdings bestehen zwischen den Ländergruppen insofern Unterschiede, als in den USA und Japan die Entwicklung wahrscheinlich etwas günstiger verlaufen wird als in Westeuropa. Zu einer stärkeren Belebung dürfte es aber auch in jenen beiden Ländern nicht kommen.

In den USA, in denen zuerst die Finanzpolitik durch Steuerermäßigungen Anregungen gab, während die Geldpolitik noch dämpfend wirkte, ist der finanzpolitische Kurs aus Furcht vor einer weiteren Erhöhung des Haushaltsdefizits in der zweiten Hälfte des letzten Jahres wieder weniger expansiv gewesen; Steuern sind erhöht und Ausgaben eingeschränkt worden. Erst in letzter Zeit hat sich die Regierung zu einem bescheidenen Beschäftigungsprogramm durchgerungen. Auch die Geldpolitik ist nun gelockert und ein Überschießen der Geldmengenexpansion über die enge Zielvorgabe toleriert worden. Der Zinssenkungsprozeß hat dabei weitere Fortschritte gemacht. Zwar ist es unwahrscheinlich, daß Zielüberschreitungen für längere Zeit geduldet werden. Jedoch kann damit gerechnet werden, daß die Geldpolitik künftig etwas expansiver gestaltet wird als in der Vergangenheit. Für den schon länger erwarteten Wirtschaftsaufschwung sind damit aber von der Wirtschaftspolitik die Weichen noch nicht gestellt. Wahrscheinlich ist allerdings, daß es im Jahre 1983 zu einer leichten Wirtschaftsbelebung kommt.

Auch in Japan, wo der Konjunkturverlauf in besonderem Maße von der Exportentwicklung abhängt, die im letzten Jahr sogar rückläufig war, kann allenfalls mit einer leichten Konjunkturbelebung gerechnet werden.

Angesichts der zu wenig Hoffnung berechtigenden Konjunkturaussichten in der westlichen Welt und der zunehmenden, insbesondere auch Japan treffenden protektionistischen Tendenzen, ist eine starke, die japanische Konjunktur anregende Exportsteigerung im Jahre 1983 ausgeschlossen. Japan wäre schon begünstigt, wenn seine Ausfuhr in diesem Jahr überhaupt wieder zunähme. Angesichts der erheblichen Yen-Abwertung ist eine leichte Exportzunahme allerdings wahrscheinlich. Zusammen mit dem Bemühen der japanischen Regierung, die Inlandsnachfrage anzuregen, dürfte die Exportentwicklung dazu beitragen, daß die japanische Wirtschaft 1983 wieder etwas rascher expandiert.

In Westeuropa ist die konjunkturelle Konstellation insofern anders, als sich die meisten Länder seit der Mitte des letzten Jahres in einem erneuten Schrumpfungsprozeß befinden. Die entscheidende Aufgabe besteht deshalb zunächst darin, diesen Prozeß zu stoppen. Keine Regierung sieht sich in der Lage, zur Lösung dieser Aufgabe im erforderlichen Ausmaß finanzpolitisch expansiv zu werden. Wenn trotzdem zu erwarten ist, daß der konjunkturelle Rückgang 1983 zum Stillstand kommt, so deswegen, weil die geldpolitische Lockerung in den USA auf Westeuropa ausstrahlt und hier ebenfalls zu einem expansiveren Vorgehen ermutigt, das zu weiteren Zinssenkungen führen wird. In einigen Ländern, z.B. in Italien, wo ein erneuter Anlauf zur Haushaltskonsolidierung unternommen wird, dürfte allerdings die Rezession relativ spät überwunden werden.

Daß die enge außenwirtschaftliche Verflechtung der westeuropäischen Länder auf Dauer jeden Versuch eines einzelnen Landes zum Scheitern verurteilt, mit der eigenen Wirtschaftsentwicklung vom unbefriedigenden Konjunkturverlauf der anderen Länder abzuweichen, zeigt die Entwicklung in Frankreich deutlich. Anders als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern, deren Leistungsbilanz sich verbesserte, verschärften sich hier die Außenwirtschaftsprobleme. Dies zwang die französische Regierung zu einer Rücknahme ihrer stark expansiven Politik, die vornehmlich den Verbrauch, nicht dagegen die Investitionen angeregt hatte. Für 1983 ist deshalb nicht mehr damit zu rechnen, daß die Wirtschaftsentwicklung in Frankreich vom Durchschnitt der übrigen westeuropäischen Volkswirtschaften nach oben abweicht.

Das gleiche gilt auch für die kleineren Länder, die in noch stärkerem Maße außenhandelsabhängig sind. Der Versuch einer eigenständigen Politik, den einige von ihnen gemacht haben, ist ebenfalls auf Grenzen gestoßen.

Wenn sich Großbritannien bei gegenwärtig stagnierender Entwicklung von den anderen Ländern ab-

hebt, so ist das kein Indiz für den Erfolg einer konsequent angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, sondern es zeigt nur eine Phasenverschiebung an. Früher als die Regierungen anderer Volkswirtschaften hatte die britische Regierung versucht, mit einer restriktiven Politik die Angebotsbedingungen zu verbessern. Sie führte damit die britische Wirtschaft schon frühzeitig in eine starke Rezession. Diese kam nicht zuletzt deswegen früher als in anderen Ländern zum Stillstand, weil die Geldpolitik schon 1981 gelockert wurde, um eine Abwertung des überbewerteten Pfundes zu erreichen. Die geringe Belebung, die für 1983 in Großbritannien zu erwarten ist, steht jedoch in erheblichem Kontrast zu den Zielen, die die britische Regierung mit der von ihr verfolgten Wirtschaftspolitik anstrebt. Das gilt auch, wenn man bedenkt, daß Großbritannien sich ebenfalls schwer aus dem Konjunkturverbund der westeuropäischen Länder lösen kann.

Bei anhaltender Konjunkturschwäche in den westlichen Industrieländern setzt sich die Zunahme der Arbeitslosigkeit fort. Trotz dieser düsteren Aussicht wird jedoch die Arbeitszeit nur in wenigen Ländern zur Entlastung des Arbeitsmarktes verkürzt. Statt dessen wird häufig gefordert, durch Reallohnsenkungen auf eine Substitution von Kapital durch Arbeit hinzuwirken. Diese Strategie läuft letztlich darauf hinaus, unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten auf mögliche Produktivitätsfortschritte zu verzichten. Dies können sich die meisten Länder schon unter dem Gesichtspunkt ihrer Wettbewerbsfähigkeit nicht leisten.

Darüber hinaus lassen sich gegenüber der Wirksamkeit einer solchen Strategie viele Vorbehalte machen. Selbst wenn sie Erfolg hätte, wären die resultierenden Beschäftigungsgewinne mit Wohlstandsverlusten verbunden. Nach wie vor ist es sinnvoll, auf Produktivitätsfortschritte zu setzen. Bleibt das Wachstum hinter diesen Produktivitätsfortschritten zurück, so wird allerdings das Beschäftigungsproblem verschärft, wenn nicht flankierend Arbeitszeitverkürzungen vereinbart werden. Dabei muß berücksichtigt werden, daß nicht im Umfang der vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen mehr Personen beschäftigt werden, da erfahrungsgemäß ein Teil des reduzierten Arbeitsvolumens durch zusätzliche Produktivitätssteigerungen kompensiert wird.

Vermehrte Produktivitätsfortschritte vergrößern den verteilungspolitischen Spielraum der Tarifpartner. Diese müssen letztlich festlegen, welche Arbeitszeitverkürzungen mit welchen Reallohnen kombiniert werden sollen. Dabei müssen aber auch die Nachfragesichtspunkte berücksichtigt werden.

Zusätzliche Arbeitszeitverkürzungen werden bei hoher Arbeitslosigkeit auch unter dem Gesichtspunkt

der gerechteren Verteilung der Arbeit diskutiert. Gehen Arbeitszeitverkürzungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus, so bleiben die Kosten der Unternehmen nur konstant, wenn Einkommensverzicht geleistet wird. Zu bezweifeln ist, ob sich die Industrieländer schon in einer Situation befinden, in der ihnen kein anderer Ausweg offensteht, als der großen Masse der Arbeitnehmer, die freiwillig hierzu nicht bereit ist, die den jeweiligen Produktivitätsfortschritt überschreitenden Arbeitszeitverkürzungen und die damit verbundenen Einkommenseinbußen für längere Zeit zuzumuten. Die Wirtschaftspolitik wäre vor allem in den wichtigen Ländern in der Lage, ein Wachstum anzuregen, bei dem, würde der jeweilige Produktivitätsfortschritt durch Arbeitszeitverkürzung ausgeglichen, ein großer Teil der Arbeitslosen in nicht allzu großer Ferne bei gleichbleibendem Realeinkommensniveau

beschäftigt werden könnte. Große Probleme entstehen bei dem abgeflachten Potentialpfad nur dann, wenn das Wirtschaftswachstum ein Tempo annehmen müßte, das der wünschenswerten Beschäftigungszunahme zuzüglich des jeweils erzielten Produktivitätsfortschritts entspräche.

Es bietet sich daher für die Lösung der Beschäftigungsprobleme in allen Industrieländern eine gemischte Strategie an, in deren Mittelpunkt die Förderung des Wachstums steht. Die damit verbundenen Produktivitätsfortschritte sollten aber nicht nur zur Kostenentlastung der Unternehmen und zur Steigerung der Realeinkommen der Arbeitnehmer, sondern auch zur Vermehrung der Freizeit genutzt werden. Die wichtigsten Industrieländer sollten auch bei einer solchen gemischten Strategie gemeinsam vorgehen.

Bundesrepublik Deutschland: Schon das vierte Krisenjahr

Die Hoffnungen auf eine durchgreifende wirtschaftliche Erholung waren zu Beginn des Jahres 1982 trotz einer damals schon zwei Jahre andauernden ausgeprägten gesamtwirtschaftlichen Schwäche gering. Selbst diese geringen Erwartungen sind nicht erfüllt worden. Statt des vom DIW an dieser Stelle vorausgeschätzten Wachstums des realen Bruttosozialproduktes von 0,5 vH kam es zu einem Rückgang um reichlich 1 vH.

Dabei verlief die Wirtschaftsentwicklung in der ersten Jahreshälfte weitgehend in Übereinstimmung mit der Prognose; das reale Bruttosozialprodukt stagnierte. Mehr und mehr deutete sich jedoch an, daß die ursprüngliche Erwartung einer Erholung im Verlauf des zweiten Halbjahres vertagt werden mußte. Der reale Auftragseingang aus dem Ausland ließ schon in den ersten Monaten des Jahres 1982 deutlich nach, und die realen Warenausfuhren folgten dieser Entwicklung vom Frühjahr an. Es begann sich abzuzeichnen, daß zu der weiterhin zurückgehenden Inlandsnachfrage eine Verminderung des Exports hinzukommen werde. Dabei gingen vom privaten Verbrauch sogar verstärkt konjunkturdämpfende Einflüsse aus: Die Schwäche dieses Sektors, die sich schon 1981 gezeigt hatte, prägte sich weiter aus.

Daß es — saisonbereinigt — nicht schon im zweiten Quartal zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion kam, war fast ausschließlich der weiteren Aufstockung der Vorräte an Fertigwaren zuzuschreiben. Dieser Vorratsaufbau war zum größten Teil ungeplant, d. h. Ausdruck unerfüllter Absatzexpectationen des Gewerbes und des Handels, und er belastete die Produktionsmöglichkeiten in den danach folgenden Monaten.

Hinzu kamen gerade zur Jahresmitte neue außenwirtschaftliche Störungen. Im Zusammenhang mit Zahlungskrisen bedeutender Entwicklungsländer griff Unsicherheit mehr und mehr um sich. Diese hätte wenigstens zum Teil kompensiert werden können, wenn sich die Erwartung einer konjunkturellen Belebung in den westlichen Industrieländern bestätigt hätte, denn dann wären auch die Exportchancen der in Zahlungsschwierigkeit geratenen Länder verbessert worden. Zu einer solchen konjunkturellen Belebung kam es indes nicht, vielmehr setzte sich in den meisten Industrieländern die rezessive Entwicklung fort. Dies alles zusammen führte zu einer starken Beschleunigung des Rückgangs der Auslandsaufträge an das verarbeitende Gewerbe, dem der Warenexport rasch folgte.

Mit dem erneuten Exporteinbruch verschlechterten sich die Absatz- und Gewinnerwartungen der Unternehmen. Getrübt wurde die Stimmung ferner durch die sich häufenden Insolvenzen auch großer Unternehmen. In dieser Situation blieb ein positives Echo der Wirtschaft auf die „Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität“ aus, die die Regierung Anfang letzten Jahres mit dem Ziel einer Belebung der Investitionsneigung beschlossen hatte. Kernstück war die Bewilligung einer befristeten Investitionszulage. Bis in den Herbst hinein ließ die Entwicklung des Auftragseingangs aus dem Inland bei den wichtigsten Herstellern von Investitionsgütern nicht erkennen, daß die Investoren beabsichtigen, von diesem Angebot der Regierung in nennenswertem Umfang Gebrauch zu machen. Die Baunachfrage hat sich dagegen im Jahresverlauf leicht gebessert. Die Investitionstätigkeit selbst, insbesondere bei Ausrüstungsinvestitionen, sank bis in den Herbst kräftig.

Entwicklung der Güterverwendung Inland-Ausland
zu Preisen von 1976

	1981	1982	1983	1982		1983	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
Veränderung in Mrd. DM gegenüber Vorjahr							
Güterverwendung im Inland	-29,8	-21	-2,5	-11,7	-9	-11	+8,5
Ausfuhr	+31,6	+10,5	-0,5	+17,1	-6,5	-7	+6,5
abzüglich Einfuhr	+4,3	+4,5	+0,5	+6,0	-1,5	-5,5	+6
Außenbeitrag	+27,4	+6	-1	+11,1	-5	-1,5	+0,5
Bruttosozialprodukt	-2,4	-15	-3,5	-0,6	-14,5	-12,5	+9
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Güterverwendung im Inland	-2,4	-1,5	-0	-2,0	-1,5	-2	1,5
Ausfuhr	8,5	2,5	-0	8,9	-3	-3,5	3
abzüglich Einfuhr	1,2	1,5	0	3,4	-1	-3	3
Bruttosozialprodukt	-0,2	-1	-0,5	-0,1	-2	-2	1,5
Quellen: 1981 und erstes Halbjahr 1982 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1982 Schätzungen des DIW; 1983 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsdaten gerundet.							

Muß man die außenwirtschaftliche Entwicklung im zweiten Halbjahr 1982 als den wichtigsten Grund für den abermaligen rezessiven Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Produktion nennen, so ist doch auch die Wirtschaftspolitik mitverantwortlich zu machen. Die Geldpolitik ist zwar zu Anfang des Jahres auf einen potentialorientierten Kurs eingeschwenkt; die Bundesbank hat die Zentralbankgeldmenge an den oberen Rand ihres Zielkorridors von 4 bis 7 vH geführt, doch wirkte bis weit in das Jahr hinein die restriktive Politik der vorangegangenen beiden Jahre nach, zumal die Zinssenkung im Sommer ins Stocken geriet. Die Finanzpolitik setzte ihren Konsolidierungsprozeß fort und agierte dabei immer hektischer: Die erstrebte Begrenzung der Haushaltsdefizite erwies sich unter dem Einfluß der von den finanzpolitischen Instanzen nicht erwarteten Einnahmefälle und zusätzlicher Ausgaben mehr und mehr als nicht erreichbar. Mit dem Versuch, diesem Ziel durch Ausgabenkürzungen nahezubleiben — besonders stark vermindert wurden die öffentlichen Investitionen —, trug die Finanzpolitik selber zur Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Situation und damit zur Reduzierung ihrer Einnahmefälle bei. Die häufigen Korrekturen, mit denen die Budgets der verschlechterten Lage angepaßt werden sollten, haben vertrauensmindernd gewirkt.

Bei der Verteilung des Volkseinkommens auf Arbeitnehmer einerseits, Unternehmen und Selbständige andererseits, hat sich auch im zweiten Halbjahr 1982, als die Produktion deutlich sank, die Position der Unternehmen, wenn auch abgeschwächt, weiter verbessert. Dies war einerseits möglich aufgrund der zurückhaltenden Lohnabschlüsse, die 1982 tarifliche Erhöhungen von im Durchschnitt 4 vH gebracht haben, und einer kräftigen Verminderung der Beschäftigtenzahl andererseits. Da die Preise, gemessen am Deflator des Sozialprodukts, im zweiten Halbjahr stärke-

ker stiegen als die Effektivlohnsätze, erhöhten sich die Gewinnmargen der Unternehmen. Wegen der zurückgehenden Absatzmengen führte das aber nur zu einer geringen Gewinnsteigerung, die nicht ausreichte, die Investoren zu ermuntern.

Die wirtschaftliche Bilanz für das Jahr 1982 ist bedrückend. Die Industrieproduktion war im vierten Quartal um schätzungsweise 5 vH niedriger als ein Jahr zuvor. Infolge des abermaligen Produktionsrückgangs nahm die Arbeitslosigkeit um 560 000 auf im Jahresdurchschnitt mehr als 1,8 Mill. Personen zu. Zudem schnellte gegen Jahresende die Zahl der Kurzarbeiter auf über eine Million empor. Damit waren zu diesem Zeitpunkt rund 3 Mill. Personen von Arbeitslosigkeit oder Arbeitseinschränkungen betroffen. Die fortschreitende Abschwächung des Preisauftriebs und der Ausgleich der Leistungsbilanz sind im Vergleich zu diesen Daten nur ein schwacher Trost.

Rahmenbedingungen 1983

Nur wenige Rahmenbedingungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung haben sich im Verlauf des vergangenen Jahres verbessert, viele haben sich verschlechtert.

— Verbessert hat sich vor allem der geldpolitische Rahmen; der Zinssenkungsprozeß ist in den letzten Monaten vorangekommen, und er wird sich mit großer Wahrscheinlichkeit fortsetzen. Die günstige Zinsentwicklung hängt nicht nur mit der potentialorientierten Geldpolitik der Deutschen Bundesbank zusammen, sondern geht auch auf internationale Einflüsse zurück, insbesondere die Senkung der Zinsen in den USA. Eine erhebliche Rolle spielt zudem die Beruhigung des Preisanstiegs im Inland. Das alte Jahr schloß mit einer Preissteigerungsrate beim privaten Verbrauch von unter 5 vH.

Geldanlagen der volkswirtschaftlichen Sektoren
in Mrd. DM

	Private Haushalte			Unternehmen ¹⁾			Staat ²⁾			Übrige Welt			Finanzierungs- institute ³⁾		
	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983
Zunahme der Forderungen															
Kurzfristig an:															
Bundesbank ⁴⁾	-1,4	3	3	13,3	6	6	0,1	0	0	-	-	-	-2,6	1	1
Geldmarkt ⁵⁾	0,6	2	1	-	-	-	-0,1	0	0	-	-	-	3,4	3	2
Finanzierungsinstitute ⁶⁾	-0,6	5	4	0,8	6	7	-0,2	2	1	2,6	2	4	-	-	-
Inländische Sektoren	-	-	-	0,2	0	0	-	-	-	34,0	20	16	25,5	15	6
Übrige Welt ⁷⁾	-	-	-	14,3	8	9	0,6	-2	0	-	-	-	15,0	-2	-2
Summe	-1,4	10	8	28,6	20	22	0,4	0	1	36,6	22	20	41,3	17	7
Längerfristig an:															
Finanzierungsinstitute ⁸⁾	71,6	88	92	17,3	4	4	9,8	-1	-4	7,0	0	4	-	-	-
Inländische Sektoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	29,2	12	5	133,4	101	119
Übrige Welt	-	-	-	8,0	8	9	0,6	0	1	-	-	-	9,1	7	5
Anleihemarkt ⁹⁾	47,1	24	22	-1,2	-2	1	0,0	0	0	-1,4	2	3	28,5	56	63
Aktienmarkt	-1,4	0	0	6,9	4	5	0,7	0	0	3,1	2	2	1,0	2	2
Summe	117,3	112	114	31,0	14	19	11,1	-1	-3	37,9	16	14	172,0	166	189
Sonstige Forderungen ¹⁰⁾	13,9	14	14	24,0	28	30	1,2	0	0	-	-	-	-	-	-
Alle Forderungen	129,8	136	136	83,6	62	71	12,7	-1	-2	74,5	38	34	213,3	183	196
Vorbemerkung: Das hier nicht aufgeführte Konto "Bundesbank" bildet den buchhalterischen Abschluß dieser Rechnung. 1) Einschließlich Wohnungswirtschaft sowie Bundesbahn und Bundespost.- 2) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.- 3) Kreditinstitute (ohne Bundesbank), Bausparkassen und private Versicherung.- 4) Bargeld und Zentralbankguthaben.- 5) Inländische Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen.- 6) Sichteinlagen.- 7) Bei Unternehmen vor allem Handels- und Finanzkredite.- 8) Überwiegend Termingelder, Spareinlagen und -briefe, durchlaufende Kredite; ferner Geldanlagen bei Bausparkassen und Versicherungen.- 9) Festverzinsliche Wertpapiere.- 10) Zum Teil als Rest ermittelt.- 11) Buchkredite, Wechsel- und Lombardkredite.- 12) Zunahme der Forderungen minus Zunahme der Verbindlichkeiten.- 13) Ansprüche Privater Haushalte gegenüber betrieblichen Pensionsfonds.- 14) Direktkredite (einschließlich Vorauszahlungen) an Unternehmen.- 15) Vgl. Anmerkung 13 und 14.- <u>Quellen:</u> 1981 und 1982 Berechnungen und Schätzungen des Statistischen Bundesamts, der Deutschen Bundesbank und des DIW, 1983 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte Werte gerundet.															

— Zurückhaltende Lohnpolitik hat eine deutliche Verminderung des Anstiegs der Lohnstückkosten ermöglicht. Auch für dieses Jahr ist kaum zu befürchten, daß durch überzogene Abschlüsse die Stabilisierung gefährdet werden könnte oder daß es bei den Verhandlungen zu größeren Konflikten kommt, die ebenfalls das gesamtwirtschaftliche Klima beeinträchtigen würden. In der Prognose wird außerdem unterstellt, daß die Frage einer Arbeitszeitverkürzung bei den Tarifverhandlungen und den Abschlüssen nur eine untergeordnete Rolle spielt.

— Ungünstiger geworden sind insbesondere die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Von der internationalen wirtschaftlichen Entwicklung sind kaum Hilfen für die Ankurbelung eines konjunkturellen Aufschwungs zu erwarten. Die Zahlungsprobleme einer nicht geringen Zahl von Ländern werden das Klima belasten und dazu beitragen, daß international die Realzinssätze relativ hoch bleiben. In dieser Prognose wird zwar mit einer Abwertung des US-Dollars gegenüber der D-Mark gerechnet; sie dürfte aber nicht so stark ausfallen, daß die preisliche Wettbewerbsfähig-

Kreditaufnahme, Investitionen und Ersparnis der volkswirtschaftlichen Sektoren
in Mrd. DM

	Private Haushalte			Unternehmen ¹⁾			Staat ²⁾			Übrige Welt			Finanzierungs- institute ³⁾		
	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983
Zunahme der Verbindlichkeiten															
Kurzfristig gegenüber:															
Bundesbank ¹¹⁾	-	-	-	-	-	-	2,8	0	0	-3,2	1	2	10,6	8	8
Geldmarkt ⁵⁾	-	-	-	0,0	0	0	3,2	5	3	-	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstituten	2,6	3	4	20,0	12	4	2,9	0	-2	15,0	-2	-2	-	-	-
Inländischen Sektoren	0,2	0	0	-	-	-	-	-	-	14,9	6	9	0,0	13	12
Übriger Welt ⁷⁾	-	-	-	30,9	19	16	3,1	1	0	-	-	-	2,6	2	4
Summe	2,8	3	4	50,9	31	20	12,0	6	1	26,7	5	9	13,2	23	24
Längerfristig gegenüber:															
Finanzierungsinstituten	4,5	6	9	83,5	73	78	45,4	22	32	9,1	7	5	-	-	-
Inländischen Sektoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8,6	8	10	98,7	91	92
Übriger Welt	-	-	-	7,3	6	5	21,9	6	0	-	-	-	7,0	0	4
Anleihemarkt ⁹⁾	-	-	-	0,6	4	5	-4,3	25	30	6,2	11	8	70,4	41	46
Aktienmarkt	-	-	-	5,6	5	6	-	-	-	4,7	3	3	-	-	-
Summe	4,5	6	9	97,0	88	94	63,0	53	62	28,6	29	26	176,1	132	142
Sonstige Verbindlichkeiten ¹⁰⁾	-	-	-	15,1	14	14	-	-	-	-	-	-	24,0	28	30
Alle Verbindlichkeiten	7,3	9	13	163,0	133	128	75,0	59	63	55,3	34	35	213,3	183	196
Ersparnis, Investitionen und Finanzierungssaldo															
Ersparnis bzw. Eigenmittel	122,5	127	123	205,4	216	239	-9,4	-12	-17	19,2	4	-1	-	-	-
./. Bruttoinvestition	-	-	-	284,8	287	296	52,9	48	48	-	-	-	-	-	-
Finanzierungssaldo ¹²⁾	+122,5	+127	+123	-79,4	-71	-57	-62,3	-60	-65	+19,2	+4	-1	-	-	-
Anmerkungen siehe Tabelle "Geldanlagen der volkswirtschaftlichen Sektoren".															

keit der deutschen Exporte im Dollar-Raum spürbar beeinträchtigt wird. Innerhalb des europäischen Währungsverbundes dagegen wird der Wechselkurs der D-Mark hoch sein, zumal auch in diesem Jahr mit Wechselkursanpassungen zu rechnen ist, die jeweils — zumindest für einige Zeit — zu einer realen Aufwertung der D-Mark führen.

- Ungünstig ist weiterhin der Einfluß der Finanzpolitik auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Bei dieser Aussage wird angenommen, daß die mit der

Verabschiedung des Bundeshaushaltes gefaßten finanzpolitischen Beschlüsse verwirklicht werden. Dies heißt zwar, daß der Wohnungsbau außer von niedrigeren Zinsen auch durch finanzpolitische Maßnahmen Impulse empfangen wird, die insgesamt zu einer deutlichen Belebung der Bautätigkeit in diesem Sektor führen werden. Es heißt auf der anderen Seite aber auch, daß aufgrund von Kürzungen im Transferbereich und der Erhöhung von Steuern und anderen Abgaben das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte sogar noch schwächer zunehmen wird als im vergangenen

Jahr. Damit ist ein Anhalten der Verbrauchsschwäche, die auch die Investitionsneigung der Unternehmen belastet, vorgezeichnet.

- Zu den ungünstigen Voraussetzungen für die Wirtschaftsentwicklung in diesem Jahr gehören auch das niedrigere Produktionsniveau und der geringe Auslastungsgrad des Produktionspotentials am Ende letzten Jahres. Das reale Bruttosozialprodukt war im Jahresendquartal um etwa 2 vH niedriger als zu Jahresbeginn 1982. Dies bedeutet eine Vorbelastung des im Jahr 1983 erreichbaren Wirtschaftswachstums, die unter den übrigen zumeist ungünstigen Rahmenbedingungen kaum kompensiert werden kann.

Bundesbank weiter auf Potentialpfad

Im Jahre 1982 setzte die Bundesbank ihre im Herbst 1981 begonnene Politik der monetären Lockerung fort. In mehreren Schritten senkte sie den Lombardsatz von 10,5 % auf 6 % und den Diskontsatz von 7,5 % auf 5 %. Die freien Liquiditätsreserven der Banken wurden kräftig erweitert. Die Zinsen am Geldmarkt und die Sätze für kürzerfristige Bankeinlagen sanken fühlbar. Private Haushalte und Unternehmen stockten deshalb zu Lasten ihrer Geldkapitalbildung ihre Bestände an Bargeld und reservepflichtigen Bankeinlagen verstärkt auf. Die Zentralbankgeldmenge (Bargeld und Mindestreserven zu konstanten Sätzen) kehrte mithin zu ihrem Potentialpfad zurück: Sie bewegte sich bis zuletzt im oberen Bereich des mit laufenden Jahresraten von 4 und 7 vH begrenzten Zielkorridors.

Maßgeblich für diesen geldpolitischen Kurs waren Zinssenkungstendenzen im Ausland, namentlich in den USA, eine, wenn auch verzögerte, Beruhigung des inländischen Preisanstiegs, eine merkliche Verbesserung der Leistungsbilanz und, nicht zuletzt, die anhaltend gedrückte Binnenkonjunktur, die mit einer schwachen Kreditnachfrage Hand in Hand ging. Diese Faktoren hatten — zusammen mit der Zinssenkung auf den Geldmärkten — auch zur Folge, daß der Kapitalmarktzins (Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere), der schon in den letzten vier Monaten von 11,5 % auf 10 % gefallen war, bis Ende 1982 auf unter 8 % zurückging. Dabei hat sich die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten belebt; der Zinsrückgang hat auch dazu beigetragen, daß die Unternehmen im zweiten Halbjahr 1982 begannen, ihre kurz- und mittelfristigen Kredite durch langfristige Fremdmittel abzulösen. Zu einer durchgreifenden Anregung der allgemeinen Investitionsneigung von der monetären Seite her hat die Zinssenkung auf den Rentenmärkten allerdings noch nicht ausgereicht, zumal dieser Prozeß zur Jahresmitte einen kräftigen Rückschlag erlitt.

1983 wird der Rückgang des Kapitalmarktzinses anhalten: In den USA wird sich die Zinssenkung, wenn auch wohl nicht ohne Stockungen, zunächst fortsetzen, und wegen der dort zu erwartenden Leistungsbilanzdefizite wird der Dollarkurs unter Druck geraten, so daß der Zinssenkungsspielraum weltweit vergrößert wird. In der Bundesrepublik werden die Konjunktur und damit auch die private Kreditnachfrage vorerst noch schwach bleiben. Der Preisauftrieb wird sich weiter abschwächen, das Vertrauen der Sparer in den Realwert ihrer längerfristigen Geldanlagen wird gefestigt werden. Unter diesen Umständen wird sich die Bundesbank bemühen, die Zentralbankgeldmenge weiterhin auf dem Potentialpfad zu halten. Die Mittellinie des wiederum mit laufenden Raten von 4 und 7 vH eingegrenzten Zielkorridors entspricht jenem Pfad, der kürzlich von den Forschungsinstituten als wachstums- und stabilitätsgerecht bezeichnet worden ist.

Allerdings gibt es einige Faktoren, die den Zinsrückgang bremsen werden: Die nationalen und internationalen Kreditrisiken steigen; dies erzwingt eine Vergrößerung der Risikoprämie auf Geldanlagen. Die Wohnungswirtschaft wird mehr langfristige Kredite nachfragen. Wie immer in Perioden tendenziell rückläufiger Kapitalmarktzinsen werden Staat und Wirtschaft — wie schon im zweiten Halbjahr 1982 — einen Konsolidierungsbedarf geltend machen. Alles in allem kann aber damit gerechnet werden, daß der Kapitalmarktzins bis Ende 1983 auf 7 % oder noch darunter sinken wird.

Wie sich 1983 im Vergleich zu 1982 die Finanzierungsströme in der Gesamtwirtschaft voraussichtlich entwickeln werden, lassen die beiden Tabellen über die „Geldanlagen“ und die „Kreditaufnahme, Investitionen und Ersparnis“ erkennen: Der Finanzierungsüberschuß (Geldersparnis) der privaten Haushalte wird etwas sinken. Das Finanzierungsdefizit des Sektors Unternehmen insgesamt wird erheblich zurückgehen; dabei wird allerdings das Finanzierungsdefizit der Wohnungswirtschaft steigen. Die Leistungsbilanz der Bundesrepublik wird mit einem leichten Überschuß abschließen; dies kommt in einem Finanzierungsdefizit des Sektors „übrige Welt“ zum Ausdruck.

Staat weiter um Konsolidierung der Haushalte bemüht

Auch 1983 bleibt die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte das vorrangige Ziel der Finanzpolitik. Zugleich soll die Investitionsneigung der privaten Wirtschaft gestärkt werden. Ebenso wie im Vorjahr ist zu bezweifeln, daß sich diese Ziele gleichzeitig erreichen lassen. Die kürzlich beschlossenen Einsparungen bei den Ausgaben und Steuererhöhungen machen den anhaltend restriktiven Kurs der Finanzpolitik deutlich.

Besonders betroffen von den Einsparungen ist der Sozialbereich; Schwerpunkte sind die Verschiebung der Rentenerhöhung um ein halbes Jahr, stufenweise Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags der Rentner, Kürzung des Kindergeldes, Einschränkung der Ausbildungsförderung und der Sozialhilfe sowie verschiedene Eingriffe beim Arbeitslosengeld und der Arbeitsförderung. Die daraus für die privaten Haushalte entstehenden Belastungen werden verstärkt durch die Anhebung der Mehrwertsteuersätze zum 1.7.1983 (von 13 auf 14 vH bzw. 6,5 auf 7 vH), der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung (von 4 auf 4,6 vH) zum 1.1.1983 und zur Rentenversicherung (von 18 auf 18,5 vH) zum 1.9.1983. Außerdem werden Steuerpflichtige mit höherem Einkommen eine unverzinsliche „Zwangsanleihe“ in Höhe von 5 vH der Einkommensteuerschuld aufbringen müssen. Insgesamt sollen die Maßnahmen des „Haushaltsbegleitgesetzes 1983“ zu einer Entlastung der öffentlichen Haushalte um fast 19 Mrd. DM führen; in diesem Betrag enthalten sind auch die Kappung der Vorsorgepauschale für Beamte (Mehreinnahmen 1983: 1,1 Mrd. DM) sowie die Senkung der Gewerbesteuer (Steuerausfall 1983: 1,5 Mrd. DM). Ein großer Teil der Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung und das gesamte Aufkommen aus der Zwangsanleihe soll zur Förderung des Wohnungsbaus eingesetzt werden (auf 3 Jahre befristeter Schuldzinsenabzug, Zinserleichterungen bei der Bausparzwischenfinanzierung, Verstärkung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau); allerdings werden die entsprechenden Zahlungen 1983 noch gering sein.

Die gesamten Ausgaben werden mit einer Rate von fast 4 vH etwa ebenso schwach wie im Vorjahr steigen. Unterdurchschnittlich wird der Staatsverbrauch zunehmen (3 vH), in realer Rechnung dürfte er nahezu stagnieren. Dabei ist unterstellt, daß die öffentlichen Arbeitgeber ihr Vorhaben realisieren, die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten am 1.7.1983 nur um 2 vH anzuheben. Bezogen auf alle Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst ist damit zu rechnen, daß der tarifbedingte Mehraufwand 1983 nicht höher ausfallen wird als im Vorjahr (knapp 3 vH). Es gibt keine Anzeichen, daß sich das sehr restriktive Einstellungsverhalten bei Bund, Ländern und Gemeinden ändern wird. Wenn hier ein stagnierendes Beschäftigungsvolumen unterstellt wird, so ist dies schon eine optimistische Annahme. Im Jahr 1982 hat sich die Zahl der Vollbeschäftigten leicht reduziert (- 0,1 vH); diesem Rückgang stand ein weiterer Anstieg der Teilzeitbeschäftigten gegenüber, so daß per Saldo die Beschäftigtenzahl noch geringfügig zugenommen hat.

Auch die laufenden Güterkäufe des Staates werden wegen der fortgesetzten Einsparungsbemühungen und des geringen Preisanstiegs schwächer zunehmen

Steuereinnahmen des Staates

	1981	1982	1983
in Mrd. DM			
Direkte Steuern 1)	188,4	193,5	198
Lohnsteuer	116,6	123	128,5
Einkommensteuer	32,9	31	29
Körperschaftsteuer	20,2	21	20,5
Vermögensteuer	4,7	5	5
Sonstige direkte Steuern	14,0	13,5	15
Indirekte Steuern 1)	198,1	201,5	209,5
Steuern vom Umsatz	97,8	98	104
Gewerbesteuer	26,0	26	27
Tabaksteuer	11,3	12	13
Branntweinsteuer	4,5	4,5	4,5
Mineralölsteuer	22,2	23	23
Kfz-Steuer	6,6	6,5	7
Sonstige indirekte Steuern	29,7	31,5	31
Steuern insgesamt	386,5	395,5	407,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr			
Direkte Steuern 1)	0,3	3	2,5
Lohnsteuer	4,5	5,5	4
Einkommensteuer	-10,5	-6,5	-6
Körperschaftsteuer	-5,4	5	-2,5
Vermögensteuer	0,4	8,5	-4
Sonstige direkte Steuern	2,9	-4,5	12,5
Indirekte Steuern 1)	2,6	2	4
Steuern vom Umsatz	4,6	0	6
Gewerbesteuer	-3,9	0	3,5
Tabaksteuer	-0,4	6,5	10
Branntweinsteuer	15,5	-4	2,5
Mineralölsteuer	3,9	3,5	0
Kfz-Steuer	0,0	1,5	1,5
Sonstige indirekte Steuern	1,2	6	-1
Steuern insgesamt	1,5	2,5	3
1) Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung; Aufteilung nach Steuerarten kassenmäßig.			
<u>Quellen:</u> 1981 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und des Bundesministeriums der Finanzen, 1982 Schätzungen des DIW, 1983 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsdaten gerundet.			

als im Vorjahr. Vor allem im Gesundheitswesen scheint es gelungen zu sein, die Kostenentwicklung zu bremsen. Abermals dürften die militärischen Beschaffungen überdurchschnittlich steigen, der Bundeshaushaltsentwurf sieht eine Rate von 7 vH vor. Noch offen ist, in welchem Umfang Investitionsprojekte dem Rotstift zum Opfer fallen werden. Als sicher kann aber gelten, daß es zu keinem erneuten Einbruch bei den Investitionsausgaben kommen wird. Nach den verfügbaren Informationen wird die staatliche Investitionsnachfrage ihr allerdings sehr niedriges Vorjahresniveau nicht mehr stark unterschreiten.

Außenbeitrag
zu Preisen von 1976

	1981	1982	1983	1982		1983	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
	in Mrd. DM						
Ausfuhr	405,6	416	415,5	209,5	206,5	202,5	213
Waren	324,7	334,5	331	170,5	164	162,5	168,5
Dienstleistungen	80,9	82	84,5	39,1	42,5	40	44,5
abzüglich: Einfuhr	361,5	366	366,5	184,4	182	179	187,5
Waren	266,1	266,5	264	135,7	130,5	130	134
Dienstleistungen	95,5	99,5	102,5	48,6	51	48,5	54
Außenbeitrag	44,1	50	49	25,2	25	23,5	25,5
Waren	58,6	68	67	34,7	33,5	32,5	34,5
Dienstleistungen	-14,5	-18	-18	-9,6	-8,5	-8,5	-9,5
	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr						
Ausfuhr	8,5	2,5	-0	8,9	-3	-3,5	3
Waren	7,9	3	-1	9,5	-3	-4,5	3
Dienstleistungen	10,7	1	3,5	6,4	-3,5	2,5	4
abzüglich: Einfuhr	1,2	1,5	0	3,4	-1	-3	3
Waren	-1,8	0	-1	1,5	-1	-4	2,5
Dienstleistungen	10,5	4,5	2,5	8,9	0,5	0	5,5
Quellen: 1981 und erstes Halbjahr 1982 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1982 Schätzungen des DIW; 1983 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsdaten gerundet.							

Den höchsten Zuwachs weisen nach wie vor die Zinsausgaben auf (16 vH); die Abschwächung im Anstieg beruht auf dem gesunkenen Zinsniveau. Bezogen auf die Gesamtausgaben des Staates (Gebietskörperschaften einschl. Sozialversicherung) beträgt der Zinsanteil 6 vH, 1980 lag er noch bei 4 vH. Überdurchschnittlich steigen auch die Vermögensübertragungen (7,5 vH); hierin schlägt sich die Gewährung der befristeten Investitionszulage an die privaten Unternehmen nieder. Hingegen sinken die Vermögensübertragungen an die privaten Haushalte aufgrund der Einschränkungen bei der Sparförderung abermals.

Die Transferausgaben von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung an die privaten Haushalte werden 1983 nur noch um 3,5 vH zunehmen; dies ist der seit Jahren geringste Zuwachs. Dabei werden die Transfers der Sozialversicherung trotz der Verschiebung der Rentenanpassung auf den 1. Juli (Einsparereffekt für die Rentenversicherung 3,5 Mrd. DM) um 4,5 vH steigen. Vor allem sind es die weiter zunehmenden Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, die diesen Zuwachs verursachen.

Wegen der Kürzungen beim Kindergeld, Wohngeld und bei der Ausbildungsförderung werden sich die Transfers der Gebietskörperschaften an die privaten Haushalte nur noch um einen halben Prozentpunkt erhöhen.

Anhaltende Rezession und weiter zunehmende Arbeitslosigkeit führen 1983 erneut zu einem nur schwa-

chen Anstieg des Steueraufkommens (3 vH), obwohl die geplanten Steuerrechtsänderungen per Saldo 2 Mrd. DM erbringen sollen¹. Geringfügig stärker dürften die gesamten Einnahmen zunehmen (knapp 3,5 vH); hier wirkt sich vor allem die Erhöhung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung aus.

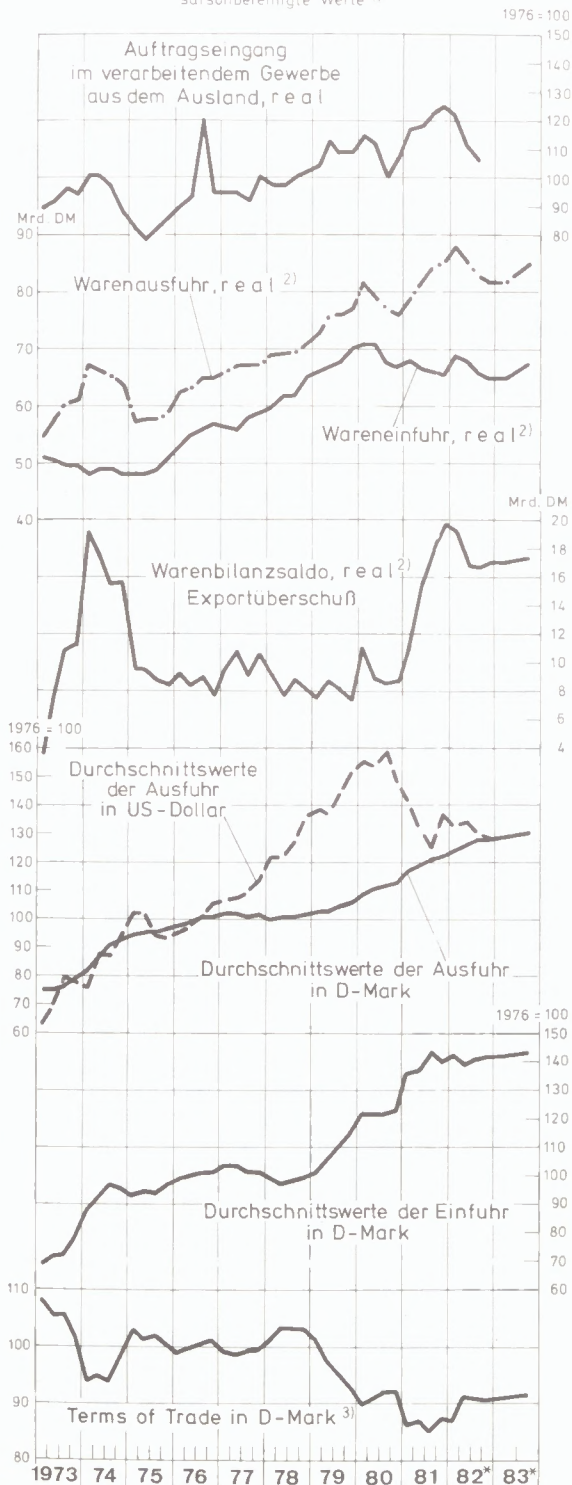
Wegen der weiter abnehmenden Beschäftigtenzahl und geringerer Tarifierhöhungen dürfte der Anstieg des Lohnsteueraufkommens 1983 mit 4 vH deutlich niedriger ausfallen als im Vorjahr (5,5 vH). Die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer werden sogar hinter dem Vorjahresergebnis zurückbleiben. Der Rückgang ist im wesentlichen auf die Auszahlung der befristeten Investitionszulage zurückzuführen, wofür die Bundesregierung etwa 2 Mrd. DM veranschlagt hat². Hinzu kommt, daß Steuerrechtsänderungen der vergangenen Jahre veranlagungsbedingt zu höheren Ausfällen führen.

¹ Unberücksichtigt bleiben die geplanten Einnahmen aus der Zwangsanleihe, die im System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Kredit an den Staatssektor behandelt werden.

² Die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer werden in der Steuerstatistik bereits um die aus diesen beiden Steuern geleisteten Investitionszulagen gekürzt. Abweichend hiervon werden die Gewinnsteuern im System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht um die Zulage gekürzt. Die Auszahlung der Investitionszulage wird als ein Investitionszuschuß angesehen und deshalb auf der Ausgabenseite als Vermögensübertragung an Unternehmen verbucht.

INDIKATOREN ZUM AUSSENHANDEL DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

saisonbereinigte Werte ¹⁾



¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. — ²⁾ Spezialhandel, in Preisen von 1976. Zusätzlich arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Terms of Trade auf Basis der Durchschnittswerte. —

* Ab 4. Quartal 1982. Voraussatzung des DIW.

DIW 83

Nach der Stagnation der Steuern vom Umsatz im vergangenen Jahr wird damit gerechnet, daß sie wieder stärker der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Umsätze folgen. Unter Berücksichtigung der Steuererhöhung zur Mitte dieses Jahres sind Mehreinnahmen von 6 vH zu erwarten.

Die Finanzierungssituation der Sozialversicherung wird außer durch die Reduktion des Ausgabenwachses auch durch Maßnahmen auf der Einnahmenseite verbessert: Neben der Erhöhung der Beitragsätze für die Bundesanstalt für Arbeit — entsprechend verringert sich der zum Defizitausgleich notwendige Bundeszuschuß — wird auch der Beitragsatz zur Rentenversicherung angehoben. Hinzu kommt der Krankenversicherungsbeitrag für Rentner auf Zusatzeinkommen der Rentner.

Obwohl in die Haushaltsplanung des Bundes wiederum hohe Gewinnabführungen von Bundesbank und Bundespost aufgenommen worden sind, wird das gesamte staatliche Defizit mit etwa 65 Mrd. DM noch höher ausfallen als im vergangenen Jahr (60 Mrd. DM).

Gedrücktes Niveau der Ausfuhr

Die Prognose der Ausfuhr leidet unter erheblichen Unsicherheiten über die konjunkturelle Entwicklung im Ausland und über den Ausgang der Zahlungskrisentherapie in großen Schuldnerländern. Mit einem Wiederanstieg der Ausfuhr ist bei den merklich geschrumpften Auftragsbeständen erst vom Sommerhalbjahr an zu rechnen, auch wenn der laufende Auftragseingang schon vorher wieder zunehmen sollte. Bestimmend ist dabei die langsame Konjunkturerholung in den westlichen Industrieländern.

Lagerzyklische Einflüsse werden zunächst die Exporte von Grundstoffen und Produktionsgütern anregen, während die Auslandsnachfrage nach Investitionsgütern gedämpft bleiben wird. Bei der schlechten Investitionskonjunktur im Ausland bringt selbst die fortbestehende günstige Position der deutschen Unternehmen im Preiswettbewerb hier kaum Auftrieb. Der reale Warenexport wird im Jahresdurchschnitt 1983 wegen dieses Einflusses um etwa 1 vH hinter dem Niveau des Vorjahrs zurückbleiben. Dabei ist eine Besserung im Jahresverlauf unterstellt.

Trotz des gedrückten Exportniveaus werden die Überschüsse im Warenverkehr mit dem Ausland kaum niedriger ausfallen als 1982. Denn auch die Einfuhr wird wegen der nur langsam vorankommenden Konjunkturerholung in der Bundesrepublik wenig zunehmen. Sowohl von der Investitionstätigkeit als auch vom privaten Verbrauch her sind kaum Impulse zu erwarten. Bei im Jahresdurchschnitt weiter sinkender Produktion im verarbeitenden Gewerbe wird auch der

Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland¹⁾
zu jeweiligen Preisen

	1981	1982	1983	1982		1983	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
Ausfuhr	496,1	531,5	545,5	265,1	266,5	263,5	282
Waren	392,3	423	428,5	213,9	209	209,5	219,5
Dienstleistungen	103,8	108,5	116,5	51,3	57,5	54	62,5
abzüglich: Einfuhr	484,7	502	510,5	251,7	250,5	246,5	264
Waren	357,5	364,5	364,5	185,8	179	178,5	186,5
Dienstleistungen	127,2	137,5	146	66,0	71,5	68	78
Außenbeitrag	11,4	29,5	35	13,4	16	17	18
Waren	34,8	58,5	64	28,1	30	31	33
Dienstleistungen	-23,4	-29	-29	-14,7	-14	-14	-15,5
Saldo der Übertragungen	-30,6	-33	-34	-15,7	-17	-16	-18
Leistungsbilanzsaldo	-19,2	-3,5	1	-2,3	-1	1	0
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Ausfuhr	15,0	7	2,5	14,5	0,5	-0,5	6
Waren	14,1	8	1,5	15,2	1	-2	5
Dienstleistungen	18,3	4,5	7,5	11,5	-0,5	5,5	9
abzüglich: Einfuhr	11,2	3,5	1,5	7,7	-0	-2	5,5
Waren	8,4	2	-0	5,8	-1,5	-4	4
Dienstleistungen	19,8	8	6	13,3	4	3	8,5

1) Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.
Quellen: 1981 und erstes Halbjahr 1982 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1982 Schätzungen des DIW; 1983 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.

Bedarf an Rohstoffen und Vorprodukten gering bleiben. Allenfalls von einer Auffüllung der Lager könnten Impulse auf die Wareneinfuhr ausgehen. Die reale Wareneinfuhr wird so im Durchschnitt des Jahres 1983 unter dem Vorjahrsniveau liegen (- 1 vH).

War im Vorjahr die Erhöhung des nominalen Ausfuhrüberschusses zum größten Teil der Verbesserung der Terms of Trade zuzuschreiben, so dürfte dieser Effekt 1983 keine große Rolle mehr spielen. Der nominale Überschuß im Warenverkehr wird also mit etwa 5 Mrd. DM nur relativ wenig zunehmen. Immerhin kann dabei ein geringer Überschuß auch in der Leistungsbilanz erwartet werden, nachdem das vergangene Jahr noch mit einem kleinen Defizit (- 3 1/2 Mrd. DM) abgeschlossen hatte.

Investitionsabschwung fängt sich

Der scharfe Rückgang der realen Brutto-Anlageinvestitionen im vergangenen Jahr um reichlich 6 vH dürfte in der nächsten Zeit von einer allmählichen Aufwärtsentwicklung abgelöst werden.

Die realen Bauinvestitionen haben allen Informationen zufolge schon im zweiten Halbjahr 1982 — saisonbereinigt — nicht mehr abgenommen, sondern auf sehr niedrigem Niveau stagniert. Zu dieser Stabilisierung haben die niedrigeren Zinsen und die verbes-

serten Abschreibungsbedingungen für Bauten beigetragen.

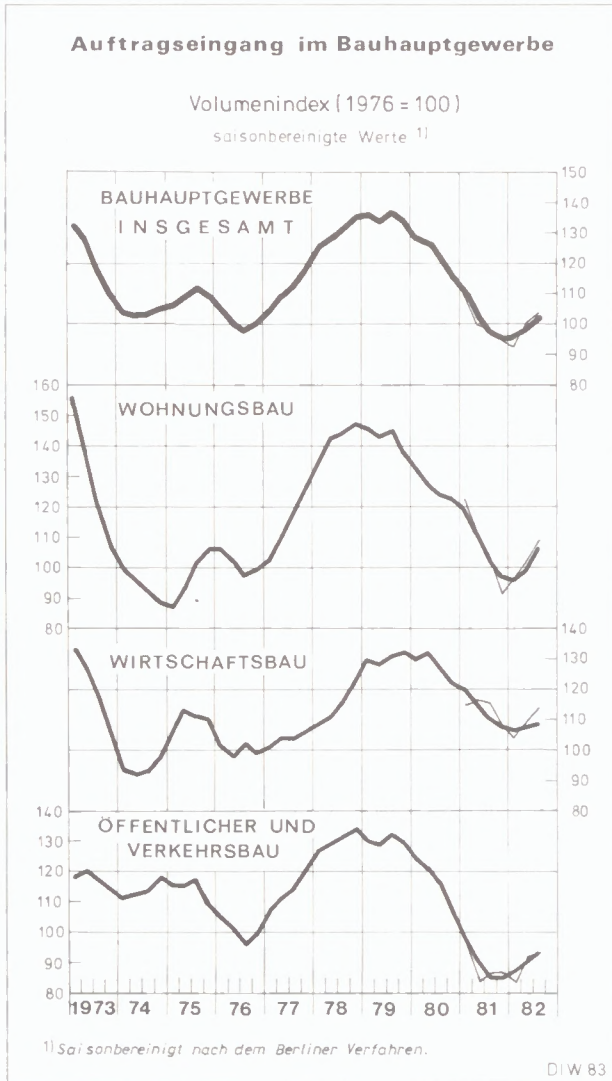
Saisonbereinigt zeigt sich seit Jahresbeginn 1982 ein Anstieg der realen Auftragseingänge; auch im Vorjahresvergleich ist nun ein Zuwachs zu verzeichnen. Diese Aufwärtsentwicklung dürfte sich in den kommenden Quartalen beschleunigen. Für diese Erwartung sprechen Veränderungen bei den Einflußfaktoren der Nachfrage sowie wirtschaftspolitische Maßnahmen.

Im *Wohnungsbau* dürfte die Entwicklung der Zinsen und der Baupreise die Nachfrage weiterhin positiv beeinflussen. Die Hypothekenzinsen liegen um etwa 3 Prozentpunkte unter dem Höchststand vom September 1981, der Baupreisanstieg hat sich weiter deutlich abgeflacht. Außerdem wird der Wohnungsbau massiv gefördert durch gesetzliche Regelungen und Beschlüsse im Rahmen der „Operation 1982“, der „Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität“ sowie durch Beschlüsse der neuen Regierung, nach denen der soziale Wohnungsbau verstärkt und der Eigenheimbau vor allem durch Verbilligung von Zwischenkrediten und einen befristeten steuerlichen Abzug von Schuldzinsen angeregt werden soll. Insgesamt ist für die kommenden Monate eine kräftige Nachfragesteigerung im Wohnungsbau zu erwarten. Im Laufe des Jahres werden auch die realen Wohnungsbauinvestitionen expandieren.

Anlageinvestitionen

	1981	1982	1983	1982		1983	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
Absolute Werte							
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)							
Bauten	210,5	200	208	93,4	107	94,5	113,5
Staat	47,8	43,5	43,5	19,7	24	19,5	24
Wohnbauten	101,3	96,5	102	45,1	51	46	56
Wirtschaftsbauten	61,4	60,5	62,5	28,6	32	29	34
Ausrüstungen	128,8	125,5	130	59,3	66,5	60	70
Anlageinvestitionen insgesamt	339,3	326	338,5	152,7	173,5	154,5	183,5
Staat	52,9	48	48	21,5	26,5	21	26,5
Unternehmen	286,4	278	290,5	131,2	147	133,5	157
Zu Preisen von 1976 (Mrd. DM)							
Bauten	152,3	143	145,5	66,7	76,5	66,5	79
Staat	34,6	31,5	31,5	14,3	17,5	14	17,5
Wohnbauten	71,9	67	69	31,3	35,5	31,5	37,5
Wirtschaftsbauten	45,9	44,5	45	21,1	23,5	21	24
Ausrüstungen	109,6	102,5	103	48,7	54	48	55
Anlageinvestitionen insgesamt	261,9	245,5	248,5	115,3	130	114	134
Staat	38,8	35,5	35	15,7	19,5	15,5	19,5
Unternehmen	223,2	210	213,5	99,6	110,5	99	115
Preisentwicklung (1976 = 100)							
Bauten	138,2	140	143	140,1	140	142,5	143,5
Staat	138,3	137	138,5	138,1	136,5	139	138,5
Wohnbauten	140,9	144	148	144,2	144	147	149
Wirtschaftsbauten	133,9	135,5	138,5	135,4	136	137,5	139,5
Ausrüstungen	117,4	122,5	126,5	121,8	123,5	125,5	127
Anlageinvestitionen insgesamt	129,5	132,5	136	132,4	133	135,5	137
Staat	136,4	136	137,5	136,8	135	138	137
Unternehmen	128,3	132	136	131,7	132,5	135	137
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zu jeweiligen Preisen							
Bauten	0,2	-5	4	-4,9	-5	1	6,5
Staat	-4,1	-9	0	-10,0	-8,5	-1	1
Wohnbauten	1,2	-5	6	-5,0	-5	2	9,5
Wirtschaftsbauten	2,1	-1,5	3,5	-1,0	-2	1	6
Ausrüstungen	0,7	-2,5	3,5	-2,7	-2	1,5	5,5
Anlageinvestitionen insgesamt	0,4	-4	4	-4,1	-4	1,5	6
Staat	-4,4	-9,5	-0,5	-10,1	-8,5	-1,5	0,5
Unternehmen	1,3	-3	4,5	-3,0	-3	1,5	7
Zu Preisen von 1976							
Bauten	-4,2	-6	1,5	-6,8	-5,5	-0,5	3,5
Staat	-7,3	-8,5	-1	-10,3	-6,5	-1,5	-0,5
Wohnbauten	-4,0	-7	3	-7,8	-6,5	0	5,5
Wirtschaftsbauten	-2,0	-3	1,5	-2,8	-3	-0,5	3
Ausrüstungen	-3,4	-6,5	0,5	-7,0	-6	-1,5	2,5
Anlageinvestitionen insgesamt	-3,8	-6,5	1	-6,9	-5,5	-1	3
Staat	-7,7	-9	-1,5	-10,6	-7,5	-2	-1
Unternehmen	-3,1	-6	1,5	-6,3	-5,5	-1	4
Preisentwicklung (1976 = 100)							
Bauten	4,6	1	2	2,1	0,5	1,5	3
Staat	3,5	-1	1	0,3	-2	0,5	1,5
Wohnbauten	5,4	2	3	3,1	1,5	2	3,5
Wirtschaftsbauten	4,2	1,5	2	1,9	1	1,5	2,5
Ausrüstungen	4,2	4,5	3	4,7	4,5	3	3
Anlageinvestitionen insgesamt	4,4	2,5	2,5	3,1	2	2	3
Staat	3,6	-0,5	1	0,6	-1	0,5	1,5
Unternehmen	4,6	3	3	3,5	2,5	2,5	3

Quellen: 1981 und erstes Halbjahr 1982 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1982 Schätzungen des DIW;
1983 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.



Im *Wirtschaftsbau* nehmen die Auftragseingänge — saisonbereinigt — ebenfalls deutlich zu. Zu dieser Entwicklung dürften die vielfältigen gesetzlichen Regelungen und wirtschaftspolitischen Beschlüsse (z.B. verbesserte Abschreibungsbedingungen, Programm zum Ausbau der Fernwärme, Investitionen der Bundespost) beigetragen haben. Dies wird in der zweiten Hälfte dieses Jahres auch zu einer Zunahme der realen gewerblichen Bauinvestitionen führen.

Auch im *öffentlichen Bau* haben die realen Auftragseingänge seit dem zweiten Quartal 1982 steigende Tendenz, allerdings von einem sehr niedrigen Niveau aus. Ob dieser Trend stabil ist, muß offen bleiben. Planungen von Bund, Ländern und Gemeinden lassen im Unterschied zur aktuellen Nachfrageentwicklung keine Expansion der Auftragsvergaben erwarten, sondern eher Kürzungen befürchten. Wahrscheinlich werden die realen öffentlichen Bauinvestitionen 1983 noch einmal leicht unter ihrem Vorjahrsniveau liegen.

Insgesamt werden die Bauinvestitionen im Jahresverlauf zunehmen und in der zweiten Jahreshälfte beschleunigt expandieren. Der Preisauftrieb wird sich dabei etwas verstärken.

Ungünstiger sind die Perspektiven für die *Ausrüstungsinvestitionen*. Diese sind, anders als die Bauinvestitionen, in der zweiten Hälfte letzten Jahres noch einmal kräftig gesunken, und der Auftragseingang aus dem Inland bei den wichtigsten Produzenten von Investitionsgütern ist bis zuletzt zurückgegangen. Ob es am Jahresende zu dem erwarteten starken Anstieg der Bestellungen aufgrund des Auslaufens der Frist für die Investitionszulage gekommen ist, wird sich erst mit dem Vorliegen der Auftragsstatistik Anfang Februar erweisen. Selbst in diesem Fall wird aber ein Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen später einsetzen als bei den Bauinvestitionen, wahrscheinlich kaum vor Mitte dieses Jahres.

Befragungsergebnisse des Ifo-Instituts deuten darauf hin, daß die Investoren ihre realen Anlageinvestitionen in diesem Jahr insgesamt etwa auf Vorjahrshöhe halten wollen. Für die Ausrüstungsinvestitionen impliziert das eher einen nochmaligen Rückgang. Nur wenn die Unternehmen von der Investitionszulage stärker Gebrauch machen, als bisher erkennbar ist, werden die realen Ausrüstungen im Jahresdurchschnitt ihr Vorjahrsniveau geringfügig überschreiten.

Die Preise der Ausrüstungsgüter werden abgeschwächt steigen; im vergangenen Jahr war ihr Anstieg deshalb konjunkturwidrig hoch, weil die Produzenten versuchten, die kräftig erhöhten Stahlpreise weiterzuwälzen.

Verbrauchsschwäche belastet die Konjunktur weiterhin

Die absehbare Einkommensentwicklung läßt insgesamt keine Belebung des realen privaten Verbrauchs zu:

Die im Frühjahr anstehenden Tarifabschlüsse werden unter dem Eindruck der um sich greifenden Arbeitslosigkeit und hoher Kurzarbeiterzahlen wohl noch niedriger ausfallen als 1982. Wahrscheinlich sind Tarifabschlüsse von unter 4 vH im gewerblichen Bereich, noch weniger im öffentlichen Dienst. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme wird — wegen des bis in die zweite Jahreshälfte sinkenden Arbeitsvolumens — dann nur um etwa 1,5 vH zunehmen. Das Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit wird dabei das Vorjahrsniveau kaum noch überschreiten, zumal am Jahresanfang (Arbeitslosenversicherung) und in der zweiten Jahreshälfte (Rentenversicherung) die Sozialbeiträge angehoben werden.

Die Entwicklung der Transfereinkommen der privaten Haushalte wird 1983 durch unterschiedliche Ten-

Finanzierung der Bruttoinvestitionen der Unternehmen

	1981	1982	1983	1982		1983	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
in Mrd. DM							
Fremdmittel	79,4	70,5	57	39,1	31,5	31	26,5
Private Haushalte	122,5	127	123,5	63,0	64	62,5	61
Staat	-62,4	-59,5	-65,5	-26,2	-33,5	-30,5	-34,5
Übrige Welt	19,2	3,5	-1	2,3	1	-1	0
Eigenmittel	205,4	216	239	100,3	116	105,5	133,5
Abschreibungen	177,9	190	201,5	93,8	96	99	102,5
Nichtentnommene Gewinne	-10,1	-13,5	-7	-11,1	-2,5	-13	6
Saldo der Vermögensübertragungen	37,6	40	44,5	17,6	22,5	19,5	25,5
Bruttoinvestitionen	284,8	287	296,5	139,4	147,5	136,5	160
Anlageinvestitionen	286,4	278	290,5	131,2	147	133,5	157
Vorratsveränderung	-1,6	9	6	8,2	0,5	3	3
Nachrichtlich:							
Selbstfinanzierungsquote in vH	72,1	75,5	80,5	71,9	78,5	77,5	83,5
Veränderung in Mrd. DM gegenüber Vorjahr							
Fremdmittel	-14,1	-8,5	-13,5	-5,4	-3,5	-8	-5,5
Private Haushalte	+14,5	+4,5	-3,5	+2,3	+2	-0,5	-3
Staat	-16,0	+2,5	-5,5	+6,8	-4	-4,5	-1
Übrige Welt	-12,6	-16	-4,5	-14,5	-1,5	-3,5	-1
Eigenmittel	-0,8	+10,5	+23	+3,9	+6,5	+5	+18
Abschreibungen	+13,9	+12	+12	+6,4	+5,5	+5,5	+6,5
Nichtentnommene Gewinne	-14,7	-3,5	+6,5	-3,5	+0	-2	+8,5
Saldo der Vermögensübertragungen	+0,1	+2,5	+5	+1,1	+1,5	+1,5	+3
Bruttoinvestitionen	-14,9	+2	+9,5	-1,5	+3,5	-3	+12,5
Anlageinvestitionen	+3,7	-8,5	+12,5	-4,1	-4,5	+2	+10
Vorratsveränderung	-18,6	+10,5	-3	+2,6	+8	-5,5	+2,5
<u>Quellen:</u> 1981 und erstes Halbjahr 1982 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Bundesbank; zweites Halbjahr 1982 Schätzungen des DIW; 1983 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte gerundet.							

denzen gekennzeichnet sein: Einerseits werden die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit wegen der im Jahresdurchschnitt höheren Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen kräftig zunehmen, andererseits werden jedoch gesetzgeberische Eingriffe bei den übrigen Transfers zu deutlichen Verminderungen der Anstiegsraten führen.

Alles in allem werden sich die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte allenfalls nach der Jahresmitte 1983 wieder etwas beleben. Mit 2,5 vH wird ihr Zuwachs im Jahresdurchschnitt jedoch noch niedriger als im Vorjahr (3 vH) sein, die Realeinkommen werden also abermals sinken, wenn auch nur noch halb so rasch.

Zwar wird Vorsichtsparen bis weit in das Jahr hinein eine große Rolle spielen und der weiter steigende Anteil von Einkommen mit hoher Sparquote (Entnahmen) eher zu einer Steigerung der Ersparnis beitragen. Dem stehen aber die sinkenden Zinsen und die Einkommensenzüge durch die Verschiebung der Rentenanpassung entgegen. Die ungünstige Einkom-

menssituation vieler privater Haushalte wird außerdem bremsend auf das Versicherungs- und das Bausparen wirken. Die Sparquote dürfte etwas zurückgehen, der nominale private Verbrauch mit reichlich 3 vH etwas stärker expandieren als das verfügbare Einkommen.

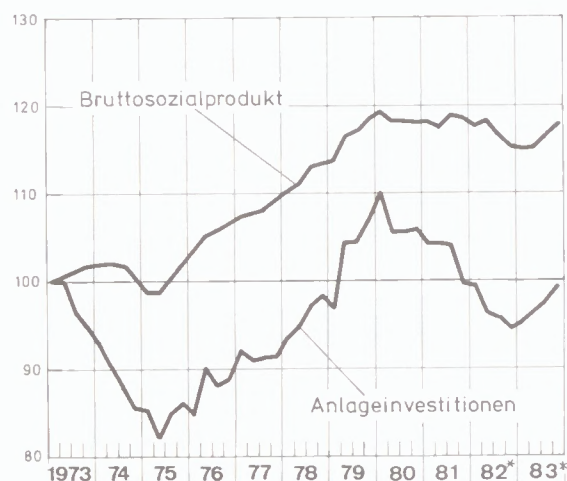
Damit werden auch 1983 vom realen privaten Verbrauch insgesamt keine Impulse auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausgehen. Er wird das Vorjahrsniveau insgesamt nochmals unterschreiten. Allenfalls für die zweite Jahreshälfte kann — wenn sich die erwartete Preisberuhigung einstellt — mit einer leichten Belebung gerechnet werden. Vermutlich wird es dann aufgrund nicht länger aufschiebbarer Ersatzbedarfs auch bei dauerhaften Gütern (Autos, Elektrogeräte usw.) zu einer Zunahme der Nachfrage kommen.

Bruttosozialprodukt abermals niedriger

Betrachtet man nur den Jahresdurchschnitt, so wird aufgrund der beschriebenen Tendenzen der Nachfrage das reale Bruttosozialprodukt in diesem

Bruttosozialprodukt und Anlageinvestitionen zu Preisen von 1976

saison- und arbeitstaglich bereinigte Vierteljahreswerte ¹⁾
1973 / I = 100



¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. —

* Ab 4. Quartal 1982 Vorausschätzung des DIW.

DIW 83

Jahr weiter (- 0,5 vH) zurückgehen. Damit würde die krisenhafte Entwicklung, die im Frühjahr 1980 einsetzte, schon vier Jahre anhalten.

Für den Jahresverlauf 1983 wird in der Prognose eine Erholung der Wirtschaft im zweiten Halbjahr unterstellt. Besonders unsicher ist diese Prognose für den Export; ein deutlich schlechteres Ergebnis dort würde aber auch die übrigen Nachfragekomponenten beeinflussen. Nach dieser Prognose werden alle Komponenten expandieren, besonders schwach der private Verbrauch, am stärksten die Bauinvestitionen.

Die Auslastung des Produktionspotentials im Unternehmensbereich (ohne Wohnungsvermietung) wird 1983 den niedrigsten Stand seit 1960 erreichen: Die Bruttoanlageinvestitionen des Unternehmensbereichs sanken bis 1982 um 8 vH unter den zuvor erreichten Höchststand vom Jahre 1980. Dies bewirkte einen Rückgang bei der Zuwachsrate des Anlagevermögens um gut einen Prozentpunkt. Das Produktionspotential, das 1980 noch um rund 3 vH zunahm, erhöhte sich 1982 daher nur um 1,7 vH. Der gleichzeitige Rückgang der Produktion ließ die Auslastung des Produktionspotentials 1982 mit 85,3 vH auf einen Wert zurückfallen, der dem des Rezessionsjahres 1975 entspricht.

Angesichts der 1983 nur geringfügig zunehmenden Investitionstätigkeit wird sich in diesem Jahr der Anstieg des Produktionspotentials gegenüber dem Jahr 1982 kaum verändern. Die Auslastung wird noch ein-

Kennziffern für die Entwicklung des Produktionspotentials im Unternehmensbereich ¹⁾ Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

	1980	1981	1982	1983
Brutto-Anlageinvestitionen	3,5	-2,7	-5,3	1,5
Brutto-Anlagevermögen ²⁾	3,9	3,4	2,8	2,7
Kapitalkoeffizient	0,9	1,0	1,1	1,1
Produktionspotential	3,0	2,4	1,7	1,6
Bruttowertschöpfung	1,7	-0,3	-1,2	-0,5
Bruttowertschöpfung in vH des Produktionspotentials ³⁾	90,2	87,8	85,3	83,5

1) Ohne Wohnungsvermietung. — 2) Jahresendwerte. —

3) Letztes Maximum 1979: 91,4; letztes Minimum 1975: 85,3.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zu Preisen von 1976; DIW-Vermögens- und Potentialrechnung.

mal um 1,5 Prozentpunkte abnehmen; das sind 8 Prozentpunkte unter der bisherigen Höchstauslastung.

Die Entwicklung der gewerblichen Produktion des verarbeitenden Gewerbes wird gekennzeichnet sein durch eine schwache Auslandsnachfrage, eine sich in der zweiten Hälfte dieses Jahres belebende Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern und eine eher rückläufige reale Nachfrage nach Konsumgütern.

Kennziffern für die Entwicklung im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

	1981	1982	1983
1. Nettoproduktion ¹⁾			
Bergbau	1,1	0	-3
Verarbeitendes Gewerbe	-1,5	-2,5	-1,5
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	-3,5	-5	-1
Investitionsgüter prod. Gewerbe	0,2	-1	-2
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	-5,2	-4	-2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,2	-1	0
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	-1,4	-2,5	-1,5
2. Weitere Kennziffern des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes			
Beschäftigte	-2,2	-3	-3
Geleistete Beschäftigtenstunden	-3,8	-4	-5
Arbeitsproduktivität			
je Beschäftigten	0,8	0	1
je geleistete Beschäftigtenstunde	2,5	2	4
Reale Brutto-Anlageinvestitionen	-6,0	-5	0
Produktionspotential	1,6	1,4	1,2
Auslastung des Produktionspotentials	-3,0	-4	-3
Auslastungsgrad ²⁾	88,7	85	83

1) Kalendermonatlich. — 2) Effektives Nettoproduktionsvolumen in vH des potentiellen Nettoproduktionsvolumens.

Quellen: 1981 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und des DIW; 1982 Schätzung des DIW; 1983 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

Arbeitsmarkt¹⁾

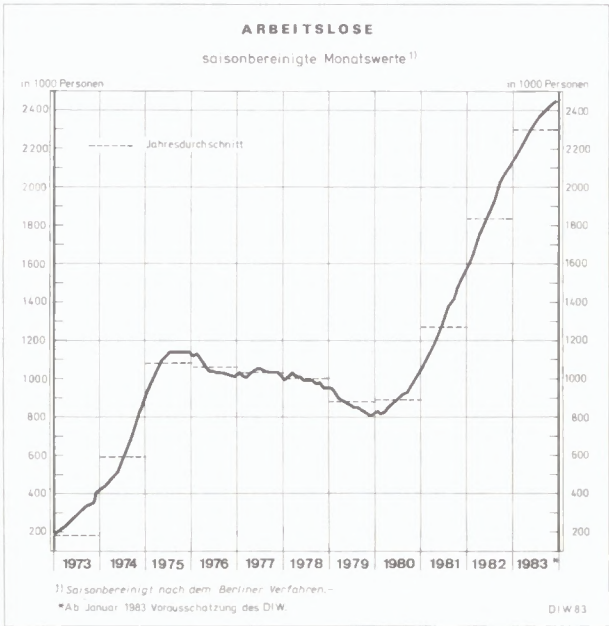
	1981	1982	1983	1982		1983	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
in 1 000 Personen							
Erwerbspersonen	27 355	27 440	27 460	27 417	27 465	27 490	27 430
Erwerbstätige	26 083	25 605	25 160	25 628	25 585	25 145	25 170
Abhängig Beschäftigte	22 838	22 415	22 015	22 430	22 400	21 995	22 035
Selbständige u. mith. Familienangeh.	3 245	3 190	3 145	3 198	3 180	3 155	3 135
Arbeitslose	1 272	1 835	2 300	1 789	1 880	2 340	2 260
Nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote in vH	5,3	7,5	9,5	7,4	8	9,5	9,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Erwerbspersonen	0,7	0,5	0	0,6	0	0,5	-0
Erwerbstätige	-0,7	-2	-2	-1,7	-2	-2	-1,5
Abhängig Beschäftigte	-0,5	-2	-2	-1,7	-2	-2	-1,5
Selbständige u. mith. Familienangeh.	-2,1	-1,5	-1,5	-1,8	-1,5	-1,5	-1,5

1) Inländerkonzept.
Quellen: 1981 und erstes Halbjahr 1982 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und der Bundesanstalt für Arbeit; zweites Halbjahr 1982 Schätzungen des DIW; 1983 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.

Bei diesen Nachfrageverläufen ist nicht damit zu rechnen, daß die gewerbliche Produktion schon im ersten Halbjahr wieder gesteigert wird. Wahrscheinlich ist eine allmähliche Belebung erst in der zweiten Hälfte dieses Jahres. Eine nur leichte Erhöhung der Erzeugung wird aber nicht ausreichen, um im Jahresdurchschnitt das schon geringe Produktionsvolumen vom letzten Jahre zu erreichen; die Produktion wird nochmals deutlich abnehmen, und zwar um mindestens 1,5 vH.

Ungebremster Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die beim Produktionsverlauf unterstellte Zunahme im zweiten Halbjahr 1983 ist insgesamt zu schwach, um den Rückgang der Beschäftigung zum Stillstand bringen zu können. Zu erhoffen ist lediglich eine Verlangsamung des Rückgangs der Beschäftigten. Da nach wie vor das Arbeitskräftepotential aufgrund der demographischen Faktoren um etwa 200 000 Personen zunimmt, wird die Arbeitslosigkeit das ganze Jahr über steigen, obwohl von dieser Zunahme des Erwerbspersonenpotentials ein großer Teil in die sogenannte stille Reserve des Arbeitsmarktes abwandern dürfte. Bremsend bei der weiteren Erhöhung der Arbeitslosigkeit selbst wirkt die fortdauernde Zunahme der Kurzarbeit, die schon gegen Ende des letzten Jahres neue Rekordniveaus erreicht hat. Es ist zu hoffen, daß die Unternehmen, wann immer möglich, Kurzarbeit auch in diesem Jahr der Entlassung von Arbeitskräften vorziehen. Nur dann kann die Zahl der Arbeitslosen für den Jahresdurchschnitt bei etwa 2, Millionen gehalten werden.



Nur noch geringer Anstieg der Verbraucherpreise

Der im vergangenen Jahr durch die Anhebung von indirekten Steuern und Gebühren sowie die D-Mark-Schwäche gegenüber dem US-Dollar zeitweilig überdeckte Stabilisierungsprozeß bei den Preisen des privaten Verbrauchs hat sich schon gegen Jahresende wieder deutlich durchgesetzt.

Für das laufende Jahr kann mit einer weiteren Abschwächung des Preisauftriebs gerechnet werden: Die schlechte Konjunktur, der starke Wettbewerb so-

wie die Verminderung des Kostendrucks — die Steigerung der Lohnstückkosten wird 1983 nur noch reichlich 2 vH betragen (1982: 3,5 vH), bei den Einfuhrpreisen wird sich das Anstiegstempo halbieren — werden nur noch geringe Preisanhebungen zulassen oder bewirken.

Die Mehrwertsteuererhöhung zur Jahresmitte wird allerdings zu einem vorübergehenden Preisschub führen. Angesichts der schwachen Nachfrage ist mit einer sofortigen vollen Überwälzung der Steuer nicht zu rechnen.

Mit 3,5 vH wird die Steigerungsrate der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt deutlich geringer als 1982 (5,5 vH) sein. Am Jahresende erscheint eine 2 vor dem Komma möglich.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Die nun schon drei Jahre anhaltende und sich fortsetzende krisenhafte Situation der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur außen-, sondern zu einem erheblichen Teil binnenwirtschaftlich verursacht. Daß die Wirtschaft auf außenwirtschaftliche Störungen so heftig reagiert wie 1982, liegt auch an der Wirtschaftspolitik. Die lange Zeit überaus restriktive Geldpolitik und die hauptsächlich nach Haushaltskonsolidierung strebende Finanzpolitik haben die Resistenz der Wirtschaft gegen solche Störungen geschwächt; die Finanzpolitik scheint fest entschlossen, diesen verfehlten Kurs fortzusetzen.

Der wichtigste Grund dafür, daß die Finanzpolitik sich nicht entschließen kann, auf einen die Binnennachfrage stärkenden Kurs umzuschwenken, sind die hohen Haushaltsdefizite. Der Schuldenstand der Gebietskörperschaften nimmt rasch zu. Man muß aber vor übertriebenen Darstellungen der tatsächlichen Situation warnen. Schon der internationale Vergleich zeigt, daß die Verschuldung des Staates in der Bundesrepublik noch immer einen Mittelplatz einnimmt, also keineswegs exzessiv hoch ist. Hinzuzunehmen ist aber auch, daß aufgrund der kameralistischen Rechnungsführung der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik der Staat als zu arm dargestellt wird. Den Finanzschulden steht ein hoher Bestand an Sachkapital (Infrastruktur) gegenüber, der, auch wenn er keine direkten Einnahmen für den Staat erbringt, doch für die Leistungskraft der Wirtschaft Voraussetzung ist und damit dazu beiträgt, auch die Steuereinnahmen des Staates zu stärken. Auch rechtliche Bewertungsvorschriften führen dazu, daß die tatsächliche Vermögensposition des Staates, insbesondere des Bundes, zu ungünstig dargestellt wird. Hier ist besonders an die weit vom Marktpreis entfernt liegende Bewertung der Goldbestände der Deutschen Bundesbank zu erinnern, die seit Jahren konstant mit 13,7

Mrd. DM ausgewiesen werden, wobei die Feinunze mit 42 US-Dollar bewertet ist. Der tatsächliche Marktpreis beträgt zur Zeit mehr als das Zehnfache. In den „fetten Jahren“ sind also durchaus stattliche Reserven gebildet worden.

Die staatliche Vermögensposition ist in der Bundesrepublik somit weit weniger alarmierend, als in der Öffentlichkeit propagandistisch behauptet wird, der Handlungsspielraum des Staates damit auch weit weniger stark eingeengt.

Die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik scheint sich vor allem auf die Hoffnung zu stützen, daß einmal die entschiedene Bekämpfung der Haushaltsdefizite stimulierend auf die Investitionsaktivität der Unternehmer wirkt und daß zum anderen die dafür auch notwendigen Impulse von der Nachfrageseite her über eine konjunkturelle Erholung der Industrieländer, also letztlich über den deutschen Export, kommen werden. Ein solcher Ansatz ist weltwirtschaftlich kaum vertretbar. Die Bundesrepublik gehört nicht zu denjenigen Ländern, die aufgrund ihres desolaten Zustandes darauf angewiesen sind, auf außenwirtschaftliche Impulse zu warten, sondern zu denjenigen westlichen Industrieländern, die aufgrund einer ausgeglichenen Leistungsbilanz und eines geringen Tempos der Preissteigerungen zur Überwindung der weltwirtschaftlichen Schwäche beitragen können und müssen. Es ist schwer zu erklären, wie man den Anstoß für eine konjunkturelle Erholung der Weltwirtschaft von den USA bei den dort ungünstigeren Grundvoraussetzungen, insbesondere noch höheren staatlichen Defiziten, erwarten kann und sich selbst Unvermögen bescheinigt. Selbstverständlich kann die Bundesrepublik nicht die Rolle einer „Lokomotive“ übernehmen, wohl aber im Verein mit den USA und anderen Volkswirtschaften, die hierzu die Voraussetzungen mitbringen, eine gemeinsame Aktion zur Überwindung der weltwirtschaftlichen Krise unternehmen. Die Bundesregierung sollte versuchen, Partner für einen solchen wirtschaftspolitischen Kurs zu gewinnen.

Ansetzen muß eine solche Politik vor allem bei der Belebung der Binnennachfrage. Daß mit einer restriktiven Finanzpolitik und insbesondere durch eine Kürzung der Investitionen keine Verbesserung der Haushaltsposition, wohl aber eine weitere Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und des Beschäftigungsgrades herbeigeführt wird, ist kürzlich vom DIW anhand von ökonomischen Modellrechnungen dargestellt worden³. Für dieses Jahr

³ Vgl. Kürzung öffentlicher Investitionen führt nicht zur Konsolidierung. Wirtschaftspolitische Simulationen mit dem ökonomischen Modell. Bearb.: Horst Seidler und Rudolf Zwiener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 50/82 vom 16.12.82.

zeichnet sich zwar keine Fortsetzung des Rückgangs bei den öffentlichen Investitionen ab; die zu erwartende Stagnation ist indes in dieser Lage noch immer äußerst unbefriedigend. Zwar machen manche Bundesländer im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Versuch, mit finanzpolitischen Maßnahmen etwas an ihrer eigenen ungünstigen Beschäftigungssituation zu verbessern. Erforderlich wäre jedoch ein gemeinsames Handeln von Bund, Ländern und Gemeinden im Sinne einer erneuten mittelfristigen Aktion zur Förderung öffentlicher und privater Investitionen.

Auch mit einem solchen, am Vorbild des Zukunftsinvestitionsprogramms orientierten, neuen Programm wird es aber nicht einmal auf mittlere Frist gelingen, zu befriedigenden Verhältnissen am Arbeitsmarkt zurückzufinden. Selbst bei einem wesentlich höheren Investitionsniveau als dem gegenwärtigen ist nicht zu erwarten, daß zusätzliche Arbeitsplätze in solchem Umfang geschaffen werden, wie es erforderlich ist, den hohen Bestand an Arbeitslosen deutlich zu reduzieren und darüber hinaus den Erwerbspersonen, die aus demographischen Gründen und auf dem Wege der Zuwanderung in den nächsten Jahren hinzukommen werden, Beschäftigung zu geben. Arbeitslosigkeit auf Katastrophenniveau, das mittelfristig noch höher liegen könnte, als für 1983 prognostiziert, droht damit zu einem chronischen Zustand zu werden.

Häufig wird in der wirtschaftspolitischen Diskussion empfohlen, dieser Bedrohung mit Hilfe von mehr und mehr Lohnzurückhaltung jedenfalls mittelfristig wirksam entgegenzutreten. Eine fortgesetzte Senkung der Reallohne, mit der zugleich die reale Kaufkraft und damit der reale Verbrauch der privaten Haushalte wie auch die Finanzkraft des Staates weiter geschwächt werden, ist aber, wie die Erfahrung zeigt, nicht erfolgreich. Vor diesem Hintergrund ist die in dieser Prognose als wahrscheinlich angenommene tarifliche Entwicklung in der diesjährigen Lohnrunde keinesfalls als unerwünscht stark zu bezeichnen; sie kann eher als Minimum des Wünschenswerten gesehen werden, bei Einhalten des Verstetigungsgedankens würden die Abschlüsse höher liegen.

Die auf mittlere und längere Sicht bedrohliche Lage am Arbeitsmarkt sollte indes auch bei der Tarifpolitik zu neuen Überlegungen führen. Mehr und mehr zwin-

gen die Arbeitsmarktperspektiven dazu, neben den Lohnsätzen die Arbeitszeit in die Diskussion zu bringen. Diese Notwendigkeit ergibt sich daraus, daß das Erwerbspersonenpotential auch in den nächsten Jahren noch kräftig zunehmen wird, während die Zahl der Arbeitsplätze von Jahr zu Jahr abnimmt. Selbst bei einer günstigen konjunkturellen Entwicklung in den Jahren nach 1983, die zu einer Vollauslastung der Arbeitsplätze führte, würde eine große Zahl von Menschen ohne Arbeitsplätze bleiben.

Zur Bekämpfung dieser Gefahr ist eine Vielzahl von Maßnahmen nötig. Große Bedeutung hat die Verstärkung der Qualifizierungsbemühungen bei den Arbeitslosen. Nur so können diese ihre Chancen wahren, bei sich wieder bessernder Konjunktur einen Arbeitsplatz zu finden. Zugleich sollten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen insbesondere für diejenigen Arbeitslosen verstärkt werden, bei denen die Chancen, durch Qualifizierungsmaßnahmen wieder einen Arbeitsplatz finden zu können, unterdurchschnittlich sind. Bei Arbeitszeitverkürzungen muß mehr Nachdruck auf die Vermehrung von Teilzeitarbeitsplätzen gelegt werden, da diese Form der Verminderung der individuellen Arbeitszeit auf Seiten der Arbeitnehmer freiwillig ist. Wird den hier noch immer steigenden Wünschen nachgegeben, könnte ein merklicher Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes ohne soziale Härten geleistet werden.

Die Bundesbank sollte ihren seit Herbst 1981 verfolgten potentialorientierten Kurs entschlossen fortsetzen. Eine solche Politik, die weitere fühlbare Zinssenkungen auf den Geld- und Kapitalmärkten ermöglicht, könnte ohne Vernachlässigung des Stabilitätsziels die monetären Voraussetzungen für eine Erholung der deutschen Volkswirtschaft schaffen. Sicherlich sind auch für 1983 Stockungen der Zinssenkung im Ausland, insbesondere in den USA, nicht auszuschließen; sie sollten für die Bundesbank jedoch kein Anlaß sein, von ihrem Potentialpfad abzuweichen. Ernster allerdings ist zu nehmen, daß weitere internationale Zahlungskrisen auch das deutsche Kreditsystem in Mitleidenschaft ziehen könnten. Zur rechtzeitigen Eindämmung dieser Krisenherde kommt es entscheidend auf die Kooperation der wichtigsten Zentralbanken an; hieran sollte sich die Bundesbank maßgeblich beteiligen.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1982 und 1983

	1981	1982	1983	1982		1983	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1.Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen	-0,7	-2	-2	-1,7	-2	-2	-1,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-1,1	-0,5	-1	-0,3	-1	-1,5	-0
Arbeitstage	-0,2	0,5	0	0,6	0	0,5	-0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-2,0	-2	-2,5	-1,4	-2,5	-2,5	-2,5
Produktivität 1)	2,1	1	2	1,7	0,5	0,5	4
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1976	0,1	-1	-0,5	0,2	-2,5	-2	1,5
2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	874,1	901	930	435,4	465,5	447,5	482,5
Staatsverbrauch	319,8	330,5	340,5	154,2	176,5	159	182
Anlageinvestitionen	339,3	326	338,5	152,7	173,5	154,5	183,5
Ausrüstungen	128,8	125,5	130	59,3	66,5	60	70
Bauten	210,5	200	208	93,4	107	94,5	113,5
Vorratsveränderung	-1,4	9	6	8,2	0,5	3	3
Außenbeitrag	11,4	29,5	35	13,4	16	17	18
Ausfuhr	496,1	531,5	545,5	265,1	266,5	263,5	282
Einfuhr	484,7	502	510,5	251,7	250,5	246,5	264
Bruttosozialprodukt	1 543,1	1 595,5	1 650	763,9	832	781	869
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	4,7	3	3	3,9	2,5	3	3,5
Staatsverbrauch	7,2	3,5	3	3,4	3,5	3	3
Anlageinvestitionen	0,4	-4	4	-4,1	-4	1,5	6
Ausrüstungen	0,7	-2,5	3,5	-2,7	-2	1,5	5,5
Bauten	0,2	-5	4	-4,9	-5	1	6,5
Ausfuhr	15,0	7	2,5	14,5	0,5	-0,5	6
Einfuhr	11,2	3,5	1,5	7,7	-0	-2	5,5
Bruttosozialprodukt	4,0	3,5	3,5	4,5	2,5	2,5	4,5
3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1976 a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	704,0	689,5	686	336,9	352,5	332,5	353,5
Staatsverbrauch	253,0	253,5	254	124,9	128,5	125	129
Anlageinvestitionen	261,9	245,5	248,5	115,3	130	114	134
Ausrüstungen	109,6	102,5	103	48,7	54	48	55
Bauten	152,3	143	145,5	66,7	76,5	66,5	79
Vorratsveränderung	-1,1	8,5	6	8,0	0,5	3	3
Außenbeitrag	44,1	50	49	25,2	25	23,5	25,5
Ausfuhr	405,6	416	415,5	209,5	206,5	202,5	213
Einfuhr	361,5	366	366,5	184,4	182	179	187,5
Bruttosozialprodukt	1 261,9	1 247	1 243,5	610,3	636,5	598	645
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	-1,2	-2	-0,5	-1,6	-2,5	-1,5	0,5
Staatsverbrauch	2,0	0	0,5	0,2	0	0	0,5
Anlageinvestitionen	-3,8	-6,5	1	-6,9	-5,5	-1	3
Ausrüstungen	-3,4	-6,5	0,5	-7,0	-6	-1,5	2,5
Bauten	-4,2	-6	1,5	-6,8	-5,5	-0,5	3,5
Ausfuhr	8,5	2,5	-0	8,9	-3	-3,5	3
Einfuhr	1,2	1,5	0	3,4	-1	-3	3
Bruttosozialprodukt	-0,2	-1	-0,5	-0,1	-2	-2	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1981	1982	1983	1982		1983	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1976 = 100) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	6,1	5,5	3,5	5,6	5	4	3,5
Staatsverbrauch	5,1	3	3	3,2	3	3	2,5
Anlageinvestitionen	4,4	2,5	2,5	3,1	2	2	3
Ausrüstungen	4,2	4,5	3	4,7	4,5	3	3
Bauten	4,6	1	2	2,1	0,5	1,5	3
Ausfuhr	6,0	4,5	3	5,1	4	3	2,5
Einfuhr	9,9	2,5	1,5	4,2	0,5	1	2
Bruttosozialprodukt	4,2	4,5	3,5	4,6	4,5	4,5	3
5. Einkommensentstehung und -verteilung a) Mrd. DM							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	880,8	901	917,5	428,0	473	433	484
Bruttolohn- und -gehaltsumme	716,4	730,5	741	346,2	384	349,5	391,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	502,9	506,5	508,5	242,5	264	243	265,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	304,7	319	336,5	150,9	168	155	182
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	247,1	261,5	279	123,7	137,5	127	152
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen 2)	257,2	275	286,5	134,8	140	140,5	146
Nichtentnommene Gewinne	-10,1	-13,5	-7	-11,1	-2,5	-13	6
Volkseinkommen	1 185,5	1 220	1 254	578,8	641	588	666
Abschreibungen	188,0	200,5	213	99,1	101,5	105	108
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	169,6	175,5	183	86,0	89,5	88,5	94,5
Bruttosozialprodukt	1 543,1	1 595,5	1 650	763,9	832	781	869
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	4,7	2,5	2	2,9	2	1	2,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	4,3	2	1,5	2,5	1,5	1	2
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,9	1	0,5	1,2	0,5	0	0,5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	4,8	4	3,5	4,3	3,5	3	3,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	4,4	2,5	2	3,0	2,5	2	2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-0,7	4,5	5,5	7,1	2,5	2,5	8,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	0,7	5,5	7	10,0	2	3	10,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen 2)	6,8	7	4	12,3	2	4	4
Volkseinkommen	3,3	3	3	3,9	2	1,5	4
Abschreibungen	8,5	6,5	6	7,4	6	6	6,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	3,9	3,5	4,5	5,0	2	3	6
Bruttosozialprodukt	4,0	3,5	3,5	4,5	2,5	2,5	4,5
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte a) Mrd. DM							
Nettolohn- und -gehaltsumme	502,9	506,5	508,5	242,5	264	243	265,5
Empfangene laufende Übertragungen 3)	267,5	281,5	292	139,4	142	144	148
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	290,4	309,5	328	149,0	160,5	158	170
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	17,7	20	20,5	9,7	10	10	10,5
Geleistete laufende Übertragungen 4)	31,1	33	34,5	14,7	18	15	19,5
Verfügbares Einkommen	1 012,0	1 044,5	1 072,5	506,5	538	519,5	553
Privater Verbrauch	874,1	901	930	435,4	465,5	447,5	482,5
Ersparnis	137,9	143,5	142,5	71,1	72	72	70,5
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	13,6	13,5	13,5	14,0	13,5	14	13
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,9	1	0,5	1,2	0,5	0	0,5
Empfangene laufende Übertragungen 3)	7,5	5	4	5,2	5	3,5	4
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	8,6	6,5	6	8,3	5	6	6
Verfügbares Einkommen	5,7	3	2,5	3,9	2,5	2,5	3
Privater Verbrauch	4,7	3	3	3,9	2,5	3	3,5
Ersparnis	12,1	4	-0,5	4,2	3,5	1,5	-2,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1981	1982	1983	1982		1983	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁵⁾ a) Mrd. DM							
Einnahmen							
Steuern	386,5	395,5	407,5	186,9	208,5	191	216
Sozialbeiträge	267,2	283,5	293,5	136,1	147	139,5	154,5
Erwerbseinkünfte	19,7	29,5	30,5	19,7	9,5	21	9,5
Sonstige laufende Übertragungen	15,6	15,5	16	7,6	8	8	8
Empfangene Vermögensübertragungen	7,2	6	6	2,8	3,5	3	3,5
Einnahmen insgesamt	696,1	729,5	753,5	353,1	376,5	362	391,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	319,8	330,5	340,5	154,2	176,5	159	182
Zinsen	35,2	43,5	50,5	24,1	19,5	28	22,5
Laufende Übertragungen an	328,7	345,5	356,5	171,2	174,5	176	180,5
Private Haushalte	272,9	291	301,5	144,6	146,5	149,5	152
Unternehmen	32,2	30	30	13,9	16	14	16
Ausland	23,6	24,5	25	12,7	11,5	13	12
Geleistete Vermögensübertragungen	31,9	32,5	35	13,5	19	14	21
Nettoinvestitionen	43,0	37	36,5	16,2	21	15,5	21
Ausgaben insgesamt	758,4	789	819	379,2	410	393	426
Finanzierungssaldo	-62,4	-59,5	-65,5	-26,2	-33,5	-30,5	-34,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	1,5	2,5	3	2,5	2	2,5	4
Sozialbeiträge	8,1	6	3,5	6,8	5,5	2,5	5
Erwerbseinkünfte	23,1	49	4	93,8	1,5	7	-1,5
Sonstige laufende Übertragungen	-2,1	-0,5	2	-5,0	4,5	2	2
Empfangene Vermögensübertragungen	-2,5	-13,5	0	-13,4	-13,5	1	-1
Einnahmen insgesamt	4,3	5	3,5	6,6	3	2,5	4
Ausgaben							
Staatsverbrauch	7,2	3,5	3	3,4	3,5	3	3
Zinsen	23,0	23,5	16	25,2	22	16	16
Laufende Übertragungen an	7,1	5	3	4,9	5,5	3	3,5
Private Haushalte	8,5	6,5	3,5	6,8	6,5	3,5	3,5
Unternehmen	-4,1	-6,5	0	-8,5	-5	0	-0
Ausland	8,3	3	3,5	0,7	5,5	2,5	5
Geleistete Vermögensübertragungen	-4,8	2	7,5	1,4	2,5	4	9,5
Nettoinvestitionen	-7,7	-13,5	-2	-15,5	-12	-3,5	-1
Ausgaben insgesamt	6,3	4	4	4,1	4	3,5	4
1) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1976 je Erwerbstätigenstunde. - 2) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. - 3) Soziale Leistungen abzüglich der Lohnsteuer auf Pensionen und der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen. - 4) Nichtzurechenbare Steuern, Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. - 5) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.							
Quellen: 1981 und erstes Halbjahr 1982 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität; zweites Halbjahr 1982 Schätzungen des DIW; 1983 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.							

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 8 29 11 - Telefax (0 30) 8 29 12 00

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevalerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,
Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing (kommissarisch)
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1983.
Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit
Quellenangabe zulässig. Druck: Zipfel-Druck Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,-, vierteljährlich DM 30,-, Einzelnummer DM 4,-.
Zuzüglich Versandkosten.

— Der nächste Wochenbericht erscheint am 20. Januar 1983 —